

# Arbeiter-Zeitung

## für Schlesien und Oberschlesien

Er scheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis monatlich 0,50 Mk., monatlich 2,25 Mk. Einzelnummer 10 Pf. Durch die Post bezogen monatlich 2,25 Mk., unter Briefband 2,50 Mk. Einzelgenpreis: Die 10 gepaltene Millimeterzelle ober deren Raum 12 Pf., Beize und Beschriftungsmittel 6 Pf., Kellernpreis: Die 8 gepaltene Millimeterzelle ober deren Raum im Wert 70 Pf. — Schluss der Inseraten-Kameras in der Haupt-Exposition morgens 8 Uhr; in den Neben-Expositionen am Tage vorher die spätestens abends 6 Uhr.

Organ der SPD, Sektion der 3. Internationale  
Mit den Beilagen: „Der rote Stern“, „Der kommunistische Gewerkschaftler“, „Kollektive Solidarität“, „Die kommunistin“, „Der junge Kämpfer“, „Proletarisches Feuilleton“, „Wirtschaftl. Rundschau“  
Begründet von Bernhard Schottländer (März 1920 ermordet)

Hauptredaktion: Breslau 10, Kerschauer Str. 10, Telefon Ring 227.  
Botschafter: Breslau 44, Hiltl-Exposition: Wilmshofstr. 10, Tel. 425.  
Baldenburg, Schloßstr. 6, Tel. 151.  
Görlitz, Ring 6, Tel. 2234.  
Briegleb, Dörmannstr. 40, Geschäftszeit: 8 Uhr morgens bis 7 Uhr abends.  
Koblenz: Breslau, Trebnitzer Straße 20, Tel. Ring 8837.  
Sprengel: der Redaktion: Montag, Mittwoch, Freitag, Samstag 12-1, Dienstag, Donnerstag, Sonnabend abends 6-7 Uhr.  
Verlagsort: am Hauptbahnhof Breslau.

# Der Ehrenmann im Richtertalar

## Josephsen, der Angeklagte in „Amt und Würden“ — Mordanstiftung und Kreditbetrug!

\* Breslau, 29. Juni.

Im großen Saal des Schwurgerichts begann gestern die auf vier Tage berechnete Verhandlung gegen den Amtsgerichtsrat Josephsen wegen „Beihilfe zum Mordverbrechen“. Während der Zuschauerraum einen gestiebnen Eindruck macht, sind die Bänke der Pressevertreter stark besetzt, auch auswärtige Zeitungen haben Berichterstatter geschickt. Den Vorsitz führt der kürzlich nach Breslau versetzte Landgerichtsdirektor Langer, die Staatsanwaltschaft wird durch den Staatsanwaltschaftsrat Schauweder vertreten. Zur Seite des Angeklagten stehen der Breslauer Justizrat Dr. Mamroth und der Berliner Rechtsanwalt Dr. Geres. Der Vertreter der Nebenklägerin, Fräulein Hesse, ist der bekannte bürgerliche Philantrop und Freidenker Justizrat Markus.

Die Vorgeschichte des Prozesses haben wir gestern ausführlich dargelegt. Hinzufügen wollen wir noch, daß es der Energie des Dr. Markus zu danken ist, daß die Beschwerde gegen den Einstellungsbefehl erhoben und das Verfahren erneut eröffnet wurde. Die Verteidigung des Angeklagten bemüht sich dagegen schon am ersten Tage, Verge vor Belastungsmaterial gegen Zeugen und Nebenklägerin aufzuschieben, um den Mordprozeß gegen den Herrn Amtsgerichtsrat in einen Sensationsprozeß gegen seine früheren Geliebten umzuwandeln. Bereits zu Beginn der Verhandlung begann die Verteidigung mit einem geschickten Coup. Justizrat Markus, der Vertreter der Nebenklägerin, soll nämlich gleichzeitig als Zeuge vernommen werden. Auf Antrag der Verteidigung wird Markus bis zu seiner Vernehmung am Nachmittag als Vertreter ausgehakt und muß den Saal verlassen. Während seiner Abwesenheit wird die Nebenklägerin von dem angeklagten Herrn Amtsgerichtsrat, der in schmutziger Weise jahrzehntelang zurückliegende Vorgänge aus ihrem Leben mit behaglicher Breite an die Öffentlichkeit zerrt, als Erpresserin, Dirne usw. beschimpft.

### Herr Josephsen, der preussische Richter

Nach der Ausweisung Markus wird mit der Vernehmung des Angeklagten Josephsen, der zwischen seinen Verteidigern Platz nimmt, begonnen. Josephsen ist 50 Jahre alt, von großer, schlanker Figur und der Typ des preussischen Leutnants. Er stammt aus Neutomischel, ist der Sohn eines Kaufmanns, studierte Nationalökonomie und Jura und begann seine Tätigkeit 1911 in Briege. Von 1894 bis 1914 war er Infanterie-Leutnant. Während des Krieges war er preussischer Oberleutnant. Aus dieser Zeit stammen seine Verhältnisse mit Fräulein Kobestod und Fräulein Hesse, über die wir schon berichteten. Auch knüpfte er in Sosnowice ein Verhältnis mit einer Genotpsichin Fräulein Schmidt an, die er schwängerte. Das Kind starb im Säuglingsheim und die Mutter ging, unterstützt von der „freundschaftlichen Hilfe“ des Angeklagten, nach Amerika. Auch Fräulein Hesse trat merkwürdiger Weise vor einigen Jahren dieselbe Reise an, nachdem sie dem Herrn Amtsgerichtsrat 150.000 Mark Bargeld und ihre Wohnungseinrichtung in Verwahr gegeben hatte. Seit ihrer Rückkehr fühlt sich die Hesse durch Josephsen überfordert und betrogen und strengte, wie bekannt, Klage gegen ihn an. Das ist nicht der einzige Fall aus seinen geschäftlichen Beziehungen, der ihm den Vorwurf des Betrugs einbrachte. Von einer Frau v. Edert ließ er sich 50.000 Mark zahlen, ohne ihr die versprochene Wohnung zu beschaffen, worauf diese Betrugsanzeige erstattete.

### „In Amt und Würden“

Dieser liebliche Querschnitt durch das Leben des Herrn Josephsen genügt allein noch nicht, um zu zeigen, wes Geistes Kind dieser edle preussische Richter ist. Mehr als bezeichnend sind noch einige Bemerkungen, die der Angeklagte scheinbar zufällig in seine Ausführungen mischte. Ihr dauernder Unterton ist der Appell an die Standesgenossen. Zur Frage der Mordanstiftung erklärt er: „Ich als erfahrener Richter mußte mir doch sagen, daß der Verdacht auf mich fallen und der Staat ein Kapitalverbrechen mit allen Machtmitteln verfolgen werde.“ Auf die Bemerkung des Vorsitzenden, daß Josephsen doch vielleicht damit gerechnet habe, daß die Kobestod nach Begehung der Tat Selbstmord verüben werde, und er auf diese

Weise von beiden Frauen loskommen werde, antwortet der Angeklagte:

„Einem preussischen Richter wäre es doch unmöglich, ein solch graßliches Verbrechen zu begehen und dann über andere Leute zu Gericht zu sitzen.“

Anscheinend war dieser Appell nicht vergeblich. Weder der Vorsitzende noch der Staatsanwalt stellten daraufhin die so nahe-

liegende Frage: Was hat der so erfahrene Amtsgerichtsrat getan, um die Hesse von den ihm bekannten Mordplänen zu warnen? Charakteristisch war es auch, daß der Herr Amtsgerichtsrat Josephsen bei einem Vergleich von „lumpigen Parteien“ sprach. Selbst der Vorsitzende belehrte ihn darüber, daß es lumpige Parteien nicht gäbe. Worauf der Angeklagte erwiderte: „Ich wollte nur auf den Unter-

# Vor der Entscheidung über das Fürstenkompromiß

## Massen, heraus zum Protest!

(Eig. Drahtb.) Berlin, 29. Juni.

Der „Vorwärts“ berichtet: Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion nahm gestern abend den Bericht ihrer Mitglieder im Rechtsausschuss über das Ergebnis der dort geführten Beratungen entgegen. Auf den Bericht folgte eine längere Aussprache. Die Fraktion hält den vorliegenden Geschäftsentwurf für ungenügend und behält sich ihre verbindende Stellung vor. Die Vertreter der Fraktion werden heute vormittag nochmals mit den Regierungsparteien verhandeln. Die Fraktion tritt dann um 12 Uhr wieder zusammen.  
Man kann dies ohne Bedenken als den Uebergang der SPD-Reichstagsfraktion zur Annahme der Färkenvorlage bewerten. Selbst auf die Wahl der Laienrichter zum Sondergericht durch den Reichstag haben die SPD-Führer verzichtet und werden sich mit einer Ernennung der Richter durch den Reichspräsidenten begnügen.  
Der „Vorwärts“ meldet im übrigen kein Wort davon, wie hart die Opposition innerhalb der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion gegen eine Zustimmung zum Färkenabfindungsgezet ist.  
Das „Berl. Tageblatt“ berichtet, daß die Zentrumspartei im Falle des Scheiterns des Gesetzes weiterhin für eine Reichstagsauflösung eintreten werde. Da mit den Deutschen keine Verhandlung zu erzielen sei, glaubt das „B.Z.“, daß selbst bei einer Zustimmung der SPD am Freitag die Zweidrittel-Mehrheit knapp nicht zustande kommen dürfte, und es dann zur Reichstagsauflösung kommen wird.

### Was muß geschehen?

Die kommunistische Partei wendet sich an die Werktätigen mit der Aufforderung, alles zu tun, um die Annahme des Färkenabfindungsgezetes, das den Fürsten den vollen Raub sichert, zu verhindern.

Die Annahme des Gezetes muß zunächst durch die Obstruktion im Parlament verhindert werden. Die SPD-Arbeiter müssen ihre Partei zwingen, sich der Obstruktion der Reichstagsfraktion der SPD anzuschließen.

Darüber hinaus müssen die Massen selbst auf den Plan treten. Die Arbeiter aus den Betrieben, die Arbeitslosen, die Kriegsinvaliden und die betrogenen Inflationsoffer müssen Delegationen in den Reichstag senden, die die Ablehnung des Gezetes und die Auflösung des Parlaments fordern.

In gewaltigen Straßendemonstrationen muß das werktätige Volk seine Macht zeigen.

Der Reichsausschuss für Fürstenernennung (Ruganast) hat sich an die SPD, an die SPD und dem ADGB gewandt mit dem Ersuchen, in einer Sitzung am Montag gemeinsame Maßnahmen gegen den Fürstenerraub zu organisieren. Die kommunistische Partei wird sich trotz der Ablehnung durch die SPD für eine gemeinsame Aktion einsetzen. Sie wird gleichzeitig aus eigener Kraft alle notwendigen Maßnahmen treffen.

Arbeiter der SPD, organisiert mit uns gemeinsam wichtige Straßendemonstrationen — wenn es notwendig ist, gegen den Willen Eurer Führer.

Arbeiter, zwingt die Gewerkschaften, ihr Beiseite-gehen in diesem Kampf aufzugeben. Zwingt die Gewerkschaften, ihr am Anfang des Kampfes gegebenes Versprechen zu halten.

Wenn die Werktätigen die gemeinsame Aktion erzwingen, werden sie siegen. Dann wird der Raub der Fürsten bereinigt werden, die Regierung Marx zum Rücktritt gezwungen und die Auflösung des Reichstages erzwungen werden.

Dann wird ein Schritt vorwärts im Kampf der Ausgebetteten gegen die politische und wirtschaftliche Reaktion, für die Bekämpfung der wichtigsten Forderungen gemacht werden.

Die Massen auf die Straße!  
Gegen das Fürstenabfindungs-Gezet!  
Fort mit dem Reichstag und der Regierung Marx!  
Für die Regierung der Arbeiter und Bauern!

Zentralkomitee der SPD.  
(Sektion der kommunistischen Internationale.)

### Demokraten für den Artikel 48!

(Eig. Drahtb.) Berlin, 29. Juni.

Die „Vossische Ztg.“ nimmt in einem Leitartikel Stellung zum Fürstenabfindungsgezet und macht Vorschläge, wie man mit Hilfe des Artikels 48 das Regierungskompromiß ohne Zweidrittel-Mehrheit zur Annahme bringen kann. Es heißt in dem ersten Absatz u. a.: „Der Reichspräsident könnte auch die ganze Abfindung und das Abfindungsverfahren durch eine Verordnung nach Artikel 48 regeln. Der Reichspräsident dürfte annehmen, daß ein Scheitern des Gezetes die öffentliche Sicherheit und Ordnung erheblich gefährden würde.“ Damit machen sich diese Demokraten zu Anführern der monarchistischen Staatsrechtlerpläne mit Hilfe des Artikels 48. Diese Stellungnahme der „Vossischen Zeitung“ soll gleichzeitig für die SPD-Führer den Vorwand geben, offen zu den Anhängern der Fürstenabfindung überzugehen.

### Vom Tage

Durch den Bruch des Eisbaches bei Dannenberg ist ein Gebiet von 20.000 Morgen mit mehreren Dörfern überflutet worden.

Am Mittwoch wird die Urteilsverhandlung im Prozeß gegen den Großhändler Antister stattfinden.

Auf Grund einer Beschwerde der Parteileitung der deutschen Sozialdemokratie hat der französische Parteivorstand dem Sozialisten Paul Boncour, der die Prinzessin Jutta von Medlenburg vertritt, einen scharfen Tadel ausgesprochen.

Die englische Arbeiterpartei führt im Unterhaus eine scharfe Opposition gegen das Gezet über den Achtfundentag im Bergbau durch.

Aus Warschau wird gemeldet, daß es sowohl in Dohensalza als auch in Lodz zu schweren Zusammenstößen einmal zwischen Polizei und Arbeitern, das andere Mal zwischen einzelnen Gruppen der Sozialdemokratie selber kam.

„Lied zwischen einem ablichen Stallproch und dem Zivilproch gegen einen Mann in Amt und Würden hinweisen.“ Einmal entschlopfte Joseph ein wertvolles Geständnis, dem das Gericht bisher noch nicht nachgegangen ist und wohl auch kaum nachgehen wird. Als der Vorstehende ihn nämlich fragte: „Das Wasser stand Ihnen doch schon 1924 bis an den Hals, wie dachten Sie denn aus der Sache herauszugehen?“, antwortete Joseph:

„Ich hatte mich einem hohen Beamten, den ich nicht nennen will, anvertraut, und hoffte durch dessen Vermittlung die Hesse los zu werden.“

Der ist dieser „hohe Beamte“? Diese Aufklärung muß unbedingt von der Prosekution verlangt werden.

### Vor dem Mordberuch

Am Tage vor dem Mordberuch begab sich Fräulein Kodelod zu Joseph und teilt ihm mit, daß sie die Absicht habe, die Hesse zu erschicken. Der Angeklagte behauptet nun, die Täterin vor Begehung der Tat gewarnt zu haben, muß aber zugeben, daß er ihr noch 30 Mark gab. Die Kodelod erklärte nach Begehung der Tat dagegen mit aller Bestimmtheit, daß sie von Joseph angeklagt worden sei und die Mittel zum Kauf des Revolvers und der Patronen erhalten habe. Der Angeklagte, der sich, wie schon erwähnt, auf seine juristischen Kenntnisse beruft, weiß nicht zu sagen, was er getan habe, um die Tat zu verhindern. Nachdem die Kodelod sogar über alle Einzelheiten der Tat gesprochen hatte, mußte er wissen, daß es sich um einen feststehenden Plan handelte, da ihm bekannt war, daß die Kodelod an einer einmal gefaßten Idee festhielt und im Jahre 1920 bereits einen Selbstmordversuch gemacht hatte.

### Die Zeugenvernehmung

Justizrat Morfay, als erster Zeuge, erklärte mit aller Bestimmtheit, daß er die Nebenklägerin im Laufe der Jahre als eine durchaus rechtlich denkende und wahrheitsliebende Person kennen gelernt habe, der es nicht darauf ankam, Erpressungen zu hegen, sondern die bestritt sei, ihr früheres Eigentum wiederzubekommen. Die Hesse hätte ihre Prozesse längst eingeleitet, wenn J. statt Versprechungen zu machen, gezahlt hätte. Auch über die Geschäfte des Amtsgerichtsrates mit Frau v. Edert gibt der Zeuge Auskunft und weist durch ein Schreiben des Angeklagten nach, daß diesem die Illegalität seiner Handlung bekannt war.

Nach dem Justizrat wurde der frühere Hausarzt der Familie Kodelod vernommen. Er erklärte, an der Familie der K. herrsche Selbstmordmanie.

Die Vernehmung des Rechtsanwalts Scherer, der J. in Zivilprozessen vertrat, ergab nichts wesentliches. Herr Scherer kann sich auf Einzelheiten nicht mehr erinnern, muß aber zugeben, daß er dem Josephin geraten habe, die Prozesse „diplomatisch“ zu erledigen.

Als letzter Zeuge wurde der Kaufmann Leue vernommen, der eine Zeitlang ein Verhältnis mit der Hesse unterhalten hatte. Er kann nichts wesentliches beibringen, doch geht aus seinen Aussagen hervor, daß die Hesse an ihm keinerlei erpresserische Forderungen gestellt hat.

Damit wurde die Zeugenvernehmung geschlossen und die Verhandlung auf Dienstag früh 9 Uhr vertagt. Die Urteilsverkündung wird nicht vor Donnerstag erwartet.

### Die Erwerbslosenansträge vor dem Reichstag

(Eig. Drahtb.) Berlin, 29. Juni.

In der gestrigen Reichstags-Sitzung wurde zunächst ein Gesetzentwurf, durch den die Schulpolizeibeamten nicht mehr auf 12 Jahre verpflichtet, sondern lebenslanglich angestellt werden können, dem Rechtsausschuß überwiesen. Es folgt dann die Beratung der Anschließbeschlüsse über die Erwerbslosenfürsorge.

Abgeordneter Dikmann (SPD.) teilt als Berichterstatter mit, daß der Volkswirtschaftliche Ausschuß der Auffassung sei, es müsse ein großzügiger Plan zum Zwecke der Arbeitsbeschaffung in Wirksamkeit treten. Der Ausschuß hätte diese Gedanken in einer Entschließung niedergelegt, der der Reichstag beitreten möge.

Abgeordneter Jiegler (Demokrat) berichtet über die Beratung des Sozialpolitischen Ausschusses, der die Arbeitslosenversicherung an Stelle der Arbeitslosenfürsorge verlange. Der Ausschuß sei gegen die Lohnklasseneinteilung.

### Hinter geweihten Mauern

Aus den Papieren eines Klostergeistlichen.

Von Pater Veridicus.

36)

„Ich war es, bin aber aus dem Orden ausgestreut.“ Der Bruder schlug seine die Augen zu Boden und trat von mir weg.

„Bitte, führen Sie mich zu Benediktus.“ Er sogerte einen Moment, schritt aber dann schweigend voraus und trat in einen großen, kühlen Saal, wo etwa zwanzig Betten nahe aneinander in zwei Reihen standen.

Im letzten Bett der linken Reihe lag Benediktus. Er war abgezehrt zum Skelett und sehr bleich. Als er mich sah, flog ein Freudenstrahl über sein Antlitz.

„Endlich!“ murmelte er schwach und reichte mir mit Anstrengung die schmale Hand. „Acht Tage später — und du hättest mich vielleicht nicht mehr gefunden!“

Ich wollte es ihm ausreden, obwohl mir jeder Blick in sein Gesicht sagte, daß er recht habe. Er wies meinen Trost mit heiterem Lächeln zurück.

„Wo es leugnen? Ich stehbe ja gern. Doppelt gerne jetzt, wo ich dich als einen Befreiten vor mir sehe! Wie war das Ende im Kloster?“

Ich erzählte ihm alles und schilderte ihm zuletzt den Brand. Der ganze Konvent, das große Refektorium, die Prälatur und leider auch die alte Benediktuskapelle sind vernichtet. Die Mönche müssen nun im alten Konvent wohnen, der seit 200 Jahren als Fremdenherberge benutzt wurde.

Er schüttelte erheitert den Kopf.

„Es ist ein Schlag, von dem sich das Kloster lange nicht erholen wird! Aber die Hauptsache: Du bist frei! Welcher Trost wird es für Martha sein! Sie braucht deine Stütze — ihre Stunde rückt immer näher.“

„Du weißt von ihr.“ rief ich hastig. „Oh, sage mir, Benediktus, wo finde ich sie?“

„Sie kommt täglich zu mir, um mich zu trösten. Hier im Spital halten sie sie für meine Schwester. In einer Viertelstunde wird sie hier sein.“

Wir saßen schweigend. Das Herz klopfte mir wie ein Hammer in meiner Brust. Nach einer Weile sagte Benediktus leise:

### Ergebnisse der D.M.P.-Wahlen

	Opposition	Amsterdam
Ellen	1194	1152
Frankfurt a. M. (Teilschluß)	310	1330
Hannau	761	129
Hildesheim	875	1048
Welfenfeld	145	38
Kaumburg	86	10
Jahreshausen	417	14
Tambach-Dietz	198	23
Welmor	122	53
Wendebach	71	70 (283 ausge- steuerte ermordete Kollegen wurden einfach nicht zur Wahl zugelassen)
Gotha	270	38
Stuttgart	1744	1019
Esslingen	681	192
Leipzig	3736	4102
Witten	454	298
Dresden	6373	4085
München	663	1572
Nürnberg (Teilschluß)	111	23
Leobenberg	91	8
Teubitz	51	6
Burg-Wengelsfeld	109	46 (Beitrag 76%)
Münchshofen	42	2
Niesten D.L.	46	26
Breslau	* 524	2694
Wegau	166	683
Freiburg	326	130
Langenbieten	35	4

Ausführliche Besprechung der Wahlergebnisse folgt.

Reichsarbeitsminister Dr. Brauns: Die Arbeitslosigkeit steigerte sich vom 15. November 1925 mit 473 000 Hauptunterstützungsempfängern auf rund 2 Millionen am 15. Februar 1926. Die Zahl der unterstützten Angehörigen ist noch höher. Nach dem gewerkschaftlichen Mitteilungen ist die Zahl der Vollerwerbslosen gleich.

Die Situation auf dem Arbeitsmarkt ist sehr groß. Von 473 000 Arbeitslosen am 15. November bezogen am 15. Mai 1926 nur noch 186 000 Unterstützung (also ausgespart). Die Erwerbslosigkeit wird auf Jahre hinaus fortdauern. Im Jahre 1929 wird infolge des Geburtenausfalles (!) während des Krieges (!) eine wesentliche Erleichterung (!) eintreten.

Nur die kommunistische Fraktion antwortete auf diese ungläubliche Äußerung des Herrn Brauns. In dem Bericht des Ausschusses heißt es, daß alle Parteien in der Fürsorge für die Erwerbslosen sich einig gewesen seien. Die Einigkeit besteht aber nur in den Versprechungen, nicht aber in der Verwirklichung der Versprechungen. Der Plan der Regierung und der bürgerlichen Parteien ist jetzt der, den Erwerbslosen Versprechungen zu machen, die sie nicht zu halten gedenken. Wir Kommunisten wollen diesen Plan durchkreuzen und haben deshalb folgenden Antrag eingebracht:

Für die produktive Erwerbslosenfürsorge stellt die Reichsregierung außer dem im Etat eingezeichneten Summen weitere 300 Millionen Reichsmark zur Verfügung. Diese Mittel sollen zur Vollendung bereits begonnener Projekte, wie Mittellandkanal, Redaktions- und bereits begonnener Bahnhöfen (Münster, Dortmund) Verwendung finden. Vor allem aber sollen die Hochwasserschäden, Dammschäden, Straßenschäden usw. sofort beseitigt und Arbeiten in Angriff genommen werden, die in Zukunft die Hochwassergefahr verringern. (Anlegung und Ausbau von Talperren, Fährregulierungen, Errichtung und Ausbau von Dämmen).

In der Abstimmung über diesen unseren Antrag werden die Erwerbslosen erkennen, ob sie (die Regierung und die bürgerlichen Parteien) für die Erwerbslosen nur Phrasen übrig haben, oder aber zu Taten übergehen wollen.

Abgeordneter Dikmann (SPD.) beteuert in einer sehr „radikalen“ Rede, daß die SPD. immer für die Erwerbslosen gearbeitet habe. Die Sozialdemokratie werde aber nicht krummen für den kommunistischen Antrag, der 300 Millionen Mark für die produktive Erwerbslosenfürsorge verlange.

Genosse Kadel: „Der Ausschuß hat dem Reichstag vorgeschlagen, die wichtigsten der kommunistischen Anträge abzulehnen. Man hat nichts gegen unsere Anträge gesagt. Wenn man deshalb gegen diese Anträge stimmt, so beweist man damit, daß man zwar den Rohindustriellen 200 Millionen schenken konnte, ohne den Reichstag

zu fragen, aber wenn es sich um die Erwerbslosen dreht, kein Geld zur Verfügung hat. In der Reichstags-Sitzung stellen wir deshalb unsere Anträge erneut zur Abstimmung. Der Arbeitsminister hat dem Ausschuß seinen Dank ausgesprochen. Wir erwidern der Regierung: Können Sie diesen Reichstag auf, denn werden Sie den Dank der Arbeitslosen bekommen!“

Die kommunistischen Anträge werden daraufhin erklärt abgelehnt! Es folgt die zweite Beratung des Antrages betreffend Aufhebung des Gesetzes zum Schutz der Republik. Der Rechtsausschuß hat die Aufhebung des Gesetzes abgelehnt und nur beantragt, die Zuschußstrafen und Ausweisung bestraffter Ausländer zu streichen.

Genosse Rosenberg: Wir Kommunisten werden für die Verbesserungen stimmen, die im Rechtsausschuß beschlossen worden sind. In der Abstimmung wird entsprechend dem Ausschlußbeschluss die Mildeberung des Republikstrafgesetzes beschlossen.

### Soziale Fragen im Sozialpolitischen Ausschuß

Berlin, 29. Juni. (Eig. Drahtb.) Im Sozialpolitischen Ausschuß erfolgte heute die Abstimmung über den Entwurf eines Gesetzes, daß die Einführung der unentgeltlichen Wochenhilfe vorläufig und die Gewährung unentgeltlicher Hebammenhilfe sowie Arznel und Kräftigung.

### Königlich bayerische Richter

Genosse Eberlein schreibt uns:

Die kommunistische Partei gab während des Volksentscheids ein Plakat heraus „An mein Volk“, das einen wortgetreuen Auszug aus der bei den Faschisten beschlagnahmten Notverordnung enthielt. Das Plakat wurde natürlich von der bayerischen Faschistenregierung beschlagnahmt. Auf die Beschwerde wurde richterliche Entscheidung herbeigeführt, die jetzt schriftlich mitgeteilt wird. Wir wollen dieses Dokument der Öffentlichkeit übergeben:

Amtsgericht München  
Abteilung Strafgericht  
Ermittlungsrichter II.  
München, 12. Juni 1926.  
mittags 1 Uhr.  
Betr. Eberlein, Hugo wegen Vergehens gegen § 130 R. Str. G. B. Beschluß.

Die vorläufige Beschlagnahme der Plakate mit der Ueberschrift „Proklamations!“ „An mein Volk“, herausgegeben von Hugo Eberlein-Berlin wird richterlich bestätigt. Nach dem Inhalt des Plakats ist Eberlein hinreichend verdächtig, in einer den öffentlichen Frieden gefährdenden Weise verschiedene Klassen der Bevölkerung zu Gewalttätigkeiten gegeneinander öffentlich anzuregen.

Die Beschlagnahme erfolgt, weil die Plakate als Beweismittel für die Unterfuchung von Bedeutung sein können und der Einziehung unterliegen. § 23 Z. 3, 24 Reichspressgesetz vom 7. Mai 1874. § 130 R. Str. G. B., § 94 R. Str. G. B.

Amtsrichter

L. E. gen. Sammerschmidt.

Diese Begründung sieht den bayerischen Faschistenrichtern vollständig ähnlich. Wenn die Faschisten Notverordnungen verfaßten, in denen zur Ermordung von Arbeiterführern aufgefodert wird, und wenn wir diese Verordnung an die Öffentlichkeit bringen, dann gefährden wir, selbstverständlich, nicht die Faschisten, den öffentlichen Frieden. Wenn die Faschisten in ihrer Notverordnung jeden, der sich auch nur rührt, mit dem Tode bedrohen, dann reizen nicht die Faschisten, sondern nur zu Gewalttätigkeiten verschiedener Klassen gegeneinander auf. Aber was kann man von dieser bayerischen Justiz auch anderes erwarten? Die bayerische Justiz, diese bayerische Polizei und diese bayerische Regierung, das sind dieselben Leute, die nicht nur bis zur Revolution, sondern bis heute als getreue Lakaien vor ihren Fürsten auf dem Bande ruhigen. Von denen kann die Arbeiterklasse nichts anderes erwarten. Meine persönliche Antwort auf diesen Beschluß, na, den mögen sich die Leute im „Geh von Verlichingen“ nachlesen! Aber für die bayerischen Arbeiter ist es höchste Zeit, daß sie in einheitlicher und geschlossener Front, so wie sie gegen die Fürsten zur Abstimmung gegangen sind, gegen die Fürstentumsteuern den gemeinsamen Kampf organisieren, um ihnen endlich das gefährliche Handwerk zu legen.

Vor dem türkischen Sondergericht in Smyrna wurden gegen neun reaktionäre Attentäter auf Mustafa Kemal Pascha die Todesstrafe beantragt.

In Marokko finden noch immer Artillerie- u. Fliegerkämpfe gegen die Reste der sich verzweifelt verteidigenden Kriegergruppen statt.

In Shanghai sind 14 000 Arbeiterinnen der Seiden-spinnereien in den Streik getreten.

„Sie hat viel gestritten. Aber kein Augenblick war, wo Schwäche oder Reue sie übermannt hätte. Du bist ihr viel schuldig geworden — zahle mit deiner ganzen Seele.“

Stumm drückte ich ihm die Hand. Es war ein Gelächris, und ich werde es halten bis an mein Ende.

Wenige Minuten später kam sie. Benediktus legte unsere Hände ineinander und murmelte: „Gott segne euch!“ Wir hatten beide Tränen in den Augen, sprechen konnten wir nicht. . .

Wir besaßen Benediktus täglich. Er wird täglich schwächer. Gektern jagte uns der Arzt, sein Leben zähle nur mehr nach Tagen. Durch seine Vermittlung gelang es mir, die Erlaubnis zu erwirken, daß ich behändig bei Benediktus weilen darf. Wie dankbar ist er für jeden kleinsten Liebesdienst, den ich ihm erweisen kann! Heute früh griff er plötzlich unter sein Kopfkissen.

„Etwas hätte ich beinahe vergessen — dein Tagebuch, Liberatus. Ich ließ es nicht von mir. Wäre ich früher gestorben, hätte man es Martha gegeben. Nun lege ich es in deine Hände zurück.“

Er reichte mir ein versiegeltes Paket, das Marthas Adresse trug. . .

Heute früh drückte ich ihm die Hand. Er ist sanft gestorben, seine Hände in den meinen, ein zu rödernes Lächeln auf den Lippen. Zwei Minuten später ging die Sonne auf und sandte ihre ersten Strahlen auf sein verklärtes Gesicht.

Niemand als Martha und ich geleiteten seine Leiche zur letzten Ruhe. Von Friedhöfen ist niemand gekommen, und ich glaube, er wird es in der Ewigkeit mit einem himmlischen Lächeln hinnehmen. Er war ja auch ein Fremder dort! An seinem Grabe kloß ich Martha in die Arme. „Mit ihm ist das letzte Glied der Kette ins Grab gesunken, die uns noch an das alte Leben ketten. In Amerika wollen wir uns ein neues aufbauen!“

Sie wollte erst Einwendungen machen. Ihr Zustand. . . Aber ich beruhigte sie.

„Und wenn unser Armb, während der Ueberfahrt auf dem

Meere geboren wird, dann hat es die Unendlichkeit zur Heimat! Heimatlos, wie wir beide nun sind, — könnten wir ihm eine bessere geben?“

Da war sie einverstanden.

„Du hast recht. Seine Heimat ist überall, wo wir sind! Und mit dir bis ans Ende der Welt und darüber hinaus, wenn es sein soll!“

Frau Widmann will sich in ein Damenstift zurückziehen, dessen Vorsteherin eine Jugendfreundin von ihr ist. Mit uns nach Amerika zu ziehen, hat sie abgelehnt.

Morgen geht das Schiff ab. Unser Gepäd ist schon an Bord. Heute las ich zufällig in der Zeitung einen Bericht über den Prozeß Werner-Cleophas. Es gelang letzterem nicht, zu fliehen, wie er hoffte. Wohl soll sich, wie aus dem Bericht hervorgeht, der Ordensgeneral bereit gefunden haben, ihn nach Rom mitzunehmen, doch erlangte er noch in letzter Stunde Kenntnis von der gegen Cleophas erhobenen Anklage und lieferte ihn nun selbst den Gerichten aus. Ich glaube, er war froh, ihn los zu werden. Cleophas ist zu fünf Jahren Zuchthaus verurteilt worden. Er versuchte auch den Prior in seine Angelegenheiten hineinzuziehen, doch konnte man diesem keine Unregelmäßigkeiten beweisen. Immerhin fand der Ordensgeneral es für gut, ihm das Priorat zu entziehen. An seiner Stelle wurde Pater Rupertus zum Prior gewählt.

Vitalis soll, wie ich noch im Spital der barmherzigen Brüder erfähr, ruhig ins Kloster zurückgekehrt sein. Er wird seine Buße hinnehmen und derselbe bleiben, der er war.

Wie danke ich Gott täglich voll Inbrunst, daß er mir den Weg in ein neues, reineres Leben gewiesen hat! Ich werde ihm auch dienen im weltlichen Kleide, und meine Seele wird nicht aufhören, ihn zu preisen!

— Ende —

Der Roman „Hinter geweihten Mauern“ von Pater Veridicus zum Preise von 2,50 Mark ist in Buchform von der proletarischen Bücherertriebsstelle, Breslau X, Trebnitzer Straße 50, zu beziehen.

# Zum „Sozialistischen Kampfbund“

Von Erich Haujen-Breslau

Am 1. Juni konnten wir in der Breslauer „Vollmacht“ folgende Notiz des Parteivorstandes der SPD. lesen:

## Achtung! Parteimitgliedern!

Vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei erhalten wir folgende Entschließung mit der Bitte um Veröffentlichung: Der Parteivorstand hat in seiner Sitzung vom 29. Mai mit Bewahren Kenntnis genommen, daß in letzter Zeit Bekämpfungen im Gange sind, verschiedene Organisationen zum Schutze der Republik oder gegen die Reaktion zu bilden. Der Parteivorstand erklärt, daß als Parteiinstitution zum Verfallungszweck nur der S. D. D. Dienst anzusehen ist und daß jede Neugründung von legendwähliger Gruppe oder Organisation nicht nur nicht erwünscht, sondern als eine parteischädigende Handlung anzusehen ist. Wir warnen unsere Mitgliedschaft vor dem Eintritt in diese Organisationen.

Um welche Organisationen handelt es sich? Jeder, der nur einigmaßen die Vorgänge in der Breslauer Sozialdemokratie verfolgt, weiß, daß es sich hier nur um den kärglich als Abspaltung vom Reichsbanner zustande gekommenen „Sozialistischen Kampfbund“ handelt. Die am 31. Mai stattgefundenen Reichsbannerversammlungen seitigen neben den Auseinandersetzungen mit den Rednern des RKB. vor allen und in erster Linie scharfe Dispute zwischen ausgetretenen Mitgliedern des Reichsbanners und den offiziellen Rednern. Bisher wurden die Gegensätze zwischen den oppositionellen Elementen des Reichsbanners und den offiziellen Leitungen und Anschauungen dieser Organisation überwiegend hinter dem Rücken der Öffentlichkeit ausgegossen. In den oben erwähnten Versammlungen kam es zum ersten Male zur öffentlichen Austragung der Gegensätze zwischen Sozialistischem Kampfbund und Reichsbanner. Deshalb erfolgte auch am nächsten Tage die Entschließung des Parteivorstandes, in der die Mitglieder des Sozialistischen Kampfbundes als Parteischädlinge gebrandmarkt wurden. Interessant ist, daß trotz dieser Kennzeichnung der Sozialistische Kampfbund — vor allem seine Leitung — Tramphaft bemüht war, jedem Konflikt mit den offiziellen Leitungen der SPD. aus dem Wege zu gehen. Sein ganzes Streben war darauf gerichtet, den Nachweis zu erbringen, daß seine Mitglieder nichts als gute und treue Sozialdemokraten sind und nie und nimmer auch nur das geringste gegen den Willen des Parteivorstandes zu tun gedenken. Dieses beständig zutage tretende Bestreben, nicht im geringsten gegen die politische Linie des Parteivorstandes zu verstoßen, hat trotzdem die „Brandmarkung“ als Parteischädlinge nicht zu verhindern vermocht.

## Was ist eigentlich der „Sozialistische Kampfbund“?

Viele behaupten, er sei lediglich ein Produkt der Verärgerung, persönlicher Reibereien und Gegensätze zwischen einzelnen führenden Leuten im Breslauer Reichsbanner und sonst nichts. Das ist falsch. Die Entstehungsgeschichte des Sozialistischen Kampfbundes läßt solche Anschauungen aufkommen und dennoch sind sie bei der Beurteilung dieser Organisation nur von untergeordneter Bedeutung. Ausschlaggebend für die Wehrzahl der Mitglieder des Kampfbundes waren und sind politische Gesichtspunkte, die sich im wesentlichen auf die grundlegenden Streitfragen in der Arbeiterbewegung zurückführen lassen. Mit dem verstärkten Anwachsen der Reaktion, mit der schmähligen und rückgratlosen Haltung der sogenannten republikanischen Parteien einschließend der Sozialdemokratie in allen entscheidenden Fragen der Politik entwickelt sich in den Reihen der sozialdemokratischen Arbeiter eine Opposition gegen die offizielle Politik. Die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Klassenkampfes zur Durchsetzung der Interessen der Arbeiterklasse nimmt zu. Die Tatsache, daß „trotz“ der jahrelang betriebenen Koalitionspolitik der SPD. mit den verschiedensten bürgerlichen Parteien die Republik nichts als ein Machtinstrument der kapitalistischen Klasse in der Hand der versteckten und offenen Monarchisten und Konterrevolutionäre ist, hat einen Prozeß der Neuorientierung auch der sozialdemokratischen Arbeiter zur Folge. Der Sozialistische Kampfbund ist nichts als ein sichtbarer Ausdruck dieser politischen Neuorientierung und seine Gründung ist objektiv — ob dies im Bewußtsein der Führer des Kampfbundes zum Ausdruck kommt, ist von untergeordneter Bedeutung — eine Kampfansage an die sozialdemokratische Politik und damit gegen den Parteivorstand.

## Der Widerspruch im „Sozialistischen Kampfbund“

Wie bereits oben erwähnt, versuchen die Führer des Sozialistischen Kampfbundes beständig den Nachweis für ihre sozialdemokratische und parteivorstandstreue Gesinnung zu erbringen. Auf ein Schreiben der Kommunistischen Partei vom 7. Mai, in dem wir auf Grund der ersten politischen Situation (englischen Generalstreik, Flaggenreue, Angriff auf die Koalitionsfreiheit usw.) eine gemeinsame Demonstration vorschlugen, antworteten sie ablehnend und gaben uns den Rat, uns an — den sozialdemokratischen Parteivorstand zu wenden. Die entscheidenden Sätze dieses Schreibens lauten:

Wir können Euch mitteilen, daß wir ebenfalls den englischen Generalstreik, Flaggenreue, die Angriffe auf die Koalitionsfreiheit usw. als politische Ereignisse von außerordentlicher Bedeutung für das Proletariat halten. Aus diesem Grunde sehen wir stliche Vereinbarungen nicht für ausreichend an, sondern empfehlen Euch sofort mit den Spitzenverbänden der freien Gewerkschaften und mit der SPD. über eventuell gemeinsame Aktionen zu unterhandeln. Der Sozialistische Kampfbund steht auf dem Boden der SPD. und wird nach Entscheidung der Partei seine Maßnahmen treffen.

Danach fragen wir: Warum seid Ihr dann aus dem Reichsbanner ausgetreten, wenn Ihr Euch in all Euren Handlungen auf den durch und durch reformistischen Parteivorstand beruft? Der Parteivorstand bezieht Euch als Parteischädlinge und Ihr verbeugt Euch vor ihm, unterwerft Euch seinem Willen, laßt Euch von den absolut notwendigen Schritten im Interesse der Arbeiterklasse abhalten. Ihr verlangt den Ausschluß von Marx aus dem Reichsbanner und retet aus dem Reichsbanner aus, Euer Parteivorstand aber präsentiert Euch Marx als republikanischen Präsidentschaftskandidaten. Ihr bezieht Marx als einen Reaktionsär und wünscht seine Ausmerzung aus dem Reichsbanner, der Parteivorstand aber unterstützt die Marx-Regierung. Marx ist ein Feind des Proletariats, darin habt Ihr recht, was aber ist Koste, Börsing, Wels u. a. die noch heute angehende Mitglieder Eurer Partei sind und sich zum Teil in wichtigen Staatspositionen befinden? Hier heißt es für den Sozialistischen Kampfbund: Hier Rhodus, hier Sallata. Hier gibt es keine wenn und aber, hier fordert das Interesse der Arbeiterklasse eine entschiedene und unumwundene klare Antwort. Entweder Ihr seid für den Parteivorstand und billigt seine Handlungen, dann müßt Ihr Eure Organisation liquidieren und treu und gehoramt dem Reichsbanner mitarbeiten, oder Ihr nehmt gegen das Reichsbanner Stellung, stellt Euch damit in Gegensatz zum Parteivorstand, und zieht daraus alle Konsequenzen: Einreichung in die Frontkämpferorganisation, die auf dem Boden des Klassenkampfes steht, den RKB. und in die politische Partei, die in Wirklichkeit die Traditionen der alten Sozialdemokratie vertritt, die den Prinzipien von Marx und Engels treugeblieben

Den in die kommunistische Partei! Das ist die einzige Konsequenz, die der Sozialistische Kampfbund früher oder später ziehen wird und muß.

## Die Republik, der „Sozialistische Kampfbund“ und wir

Das Reichsbanner steht auf dem Boden der Republik, so wie sie gegenwärtig ist, und verteidigt sie auch gegenüber der revolutionären Arbeiterklasse. Das Reichsbanner ist ein Instrument in der Hand der kapitalistischen Klasse gegen die Arbeiterklasse, das ihre Reichsbanner, wie alle übrigen Machtorgane, unter dem Einfluß der verkappten und offenen Reaktionsäre stehen, ist ihnen dabei gleichgültig. Das Reichsbanner verteidigt die Form der Republik, ganz gleich wie auch ihr Klasseninhalt sein möge. Wie sie vom Standpunkt der Arbeiterklasse handelt, ist den Leuten um Börsing, Marx usw. schnuppe. Ob diese Republik ein geeignetes Instrument zur Verwirklichung des Sozialismus ist, ist für das Reichsbanner belanglos und uninteressant. Sie verteidigen diese Republik um ihrer selbst willen und sammeln zu ihrer Verteidigung auch alle rückgratlosen, sogenannten zeitigen Republikaner.

## Der Kampf geht weiter

14 1/2 Millionen deutscher Wähler und Wählerinnen haben im Vorkriegsland für entscheidungslose Entzignung der Fürsten gestimmt. Sie haben damit zum Ausdruck gebracht den festen Willen zur Verhinderung des künftigen Willkürregimes.

14 1/2 Millionen, das sind die Wähler von 240 Reichstagsabgeordneten. Dieser Stimmenzahl vorzankt Hindenburg den Präsidentschaft. Das ist die Mehrheit der politischen Interessierten in Deutschland. Die Stimmen wurden abgegeben nicht nur gegen die ehemaligen deutschen Fürsten, sondern ebenso gegen die, die sich schlingend vor sie gestellt haben: Reichspräsident, Reichsregierung, Reichstag.

„Keinen Pfennig den Fürsten“ war die Parole des Millionenheeres, das am 20. Juni aufmarschierte, so wie es im März zum Volksreferendum aufmarschierte und wie es immer marschieren wird, solange es in Deutschland Fürsten gibt und solche, die sie stützen und unterstützen.

Die 14 1/2 Millionen Stimmen sind unangetastet trotz der amtlichen Wahlbeeinträchtigung durch Reichspräsident und Reichsregierung, trotz des unerbittlichen wirtschaftlichen Terrors, der die geheime Wahl zur öffentlichen Stempelung und den wirtschaftlich und gesellschaftlich abhängigen Schichten der Bevölkerung die Ausübung ihres Wahlrechts unmöglich machte.

Die Regierung versucht jetzt im Reichstag das alte Kompromißgesetz, das den Fürsten alles läßt, was sie bereits besitzen und alles gibt, was sie noch verlangen, zur Annahme zu bringen. Die Millionen Wähler, die im Volksentscheid abgelehnt haben, können und werden sich damit nicht zufrieden geben. Ihre Forderung bleibt: Entschuldigungslose Entzignung der Fürsten.

Der Reichsausschuß für Fürsteneutznung wird den Kampf gegen den Fürstentum weiterführen. Er wird alle Kräfte aufheben, um an der Mobilisierung aller Werktätigen in Stadt und Land mitzuwirken. Er fordert die Auflösung des Reichstages und den Austritt der Regierung Marx.

Der Ausschuß richtet den Appell an alle Gesinnungsgenossen, den Kampf mit allen Kräften bis zum endgültigen Erfolge fortzuführen. Unsere Parole bleibt: Den Fürsten keinen halben Ziegelstein, keine Handvoll deutscher Erde und keinen Pfennig an barem Geld!

Berlin, den 25. Juni 1926.

Reichsausschuß für Fürsteneutznung.

- Dem Aufruf schließen sich an: Arbeiterverein für Biochemie und Lebenschemie — Arbeiter-Job-Bund — Arbeitsgemeinschaft freigeistiger Verbände — Arbeitsgemeinschaft, empfindlicher Republikaner — Arbeiterwiderstand Naturkunde — Bund für Mutterliebe — Bund für radikale Ethik — Christlich-sozialer Reichspartei — Deutscher Arbeiter-Theater-Bund — Deutscher Arbeiter-Bund — Deutsche Liga für Menschrechte — Deutscher Pazifistischer Bund — Gemeinshaft proletarischer Freidenker — Internationale Arbeiterhilfe — Internationaler Bund der Kriegswitwen — Internationale Frauenliga für Frieden und Freiheit — Internationaler Sozialistischer Kampfbund — Jungproletarischer Bund — Kommunistische Partei Deutschlands — Kommunistischer Jugendverband Deutschlands — Physikalischer Kampfbund — Reichsbund der Kleinbauern — Republikanischer Anwaltsbund — Roter Frauen- und Mädchenbund — Roter Frontkämpferbund — Rote Hilfe Deutschlands — Schriftstellervereinigung — Sozialistischer Bund — Sozialistische Proletarierjugend — Syndikalistisch-anarchistische Jugend — Touristenverein „Die Roten Freunde“ — Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands — Verband Volkswirtschaftlichkeit — Verein sozialgerichteter Metzger — Vereinigte Rechtsanwältverbände — Verein sozialistischer Ärzte — Verein für Juristen Deutschlands — Volksbund für Geistesfreiheit — Verein der Freidenker für Feuerbestattung.

Vom Reichsbanner kann man zu unmissverständlich sagen, daß es vorbehaltlos auf dem Boden dieser kapitalistischen bürgerlichen Republik steht und für alle daraus ergebenden Konsequenzen steht.

Die Stellungnahme des „Sozialistischen Kampfbundes“ zur Republik ist genau so widerspruchsvoll, wie zu allen anderen politischen Fragen. Er sieht, daß diese Republik, so wie sie ist, nicht den Interessen der Arbeiterklasse dient, sondern eine Staatsform ist, die sich durchwegs mit den Interessen der Bourgeoisie vereinbaren läßt, ja die von der kapitalistischen Klasse als Unterdrückungsmaschine gegen die Arbeiterklasse benutzt wird. Daraus folgt für ihn, es komme nur darauf an, die Republik auszugestalten, das heißt er glaubt, die Staatsform sei gut, nur die Personen, die diesen Staat regieren, seien schlecht. Anhänger der Reaktion, kapitalistischer, und arbeitereindliche Elemente. Der „Sozialistische Kampfbund“ glaubt also, man könne in die alten Schläuche neuen Wein gießen.

Diese Auffassung widerspricht der Lehre von Marx und Lenin über die Rolle des Staats und seiner Bedeutung im Befreiungskampf des Proletariats. Die bürgerliche Republik ist keineswegs ein Staat, der heute von dieser und morgen von jener Klasse einmal für diese und einmal für jene Interessen in Bewegung gesetzt werden kann. Er ist auch keine Institution, die über den Klassen schwebt. Marx hat bereits in den Randglossen zum Programm einer deutschen Arbeiterpartei gesagt, daß zwischen Kapitalismus und Sozialismus eine Periode des Überganges von der einen zur anderen liegt, deren Staat nichts anderes sein kann, als die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Auch in der Einleitung zum Bürgerkrieg in Frankreich wird bei Behandlung der Lehren, die das Proletariat für seinen Befreiungskampf aus den Kämpfen der Pariser Kommune zu ziehen hat, davon gesprochen, daß das Proletariat nicht einfach die alte Staatsmaschine für seine Interessen und Aufgaben in Bewegung zu setzen vermag. In den Briefen an Kugelmann spricht Marx ausdrücklich davon, daß das Proletariat die alte bürgerliche Staatsmaschine zerbrechen muß. Und Engels hat in seinem Buch über die Entstehung des Privateigentums, der Familie und des Staates die bürgerliche Republik als die letzte und höchste Form der Herrschaft der Bourgeoisie bezeichnet. Marx und Engels haben alle nie dem Gedanken angehängen, als sei Form und Inhalt der bürgerlichen Republik voneinander zu trennen und als wäre das Proletariat durch einen parlamentarischen Sieg einfach die bisher von der Bourgeoisie in ihrem Klasseninteresse verwirklichte Staatsmaschine übernehmen und sie im Interesse des Proletariats zur Verwirklichung seiner historischen Aufgaben verwenden. Marx und Engels stellen die Erringung einer besseren Staatsform, die der Diktatur des Proletariats, zur Verwirklichung des Sozialismus für unumgänglich.

Der „Sozialistische Kampfbund“ steht also in dieser Frage nicht auf dem Standpunkt von Marx und Engels. Er sieht sich in der neuen Auffassung, daß in der jetzigen Phase des Klassenkampfes die Bekämpfung der bürgerlichen Republik durch die Kräfte der Reaktion zur eine Abnormität, eine vorübergehende Erscheinung ist und glänzt, unter Ausnutzung der bürgerlichen Demokratie auf dem Wege der Verfassung die jetzige Republik im Interesse der Arbeitenden „umzugestalten“. Die Geschichte ist reich von Beispielen dafür, daß die „Volksmacht“ keinerlei Aussicht auf Verwirklichung hat. Die bürgerliche Republik in Deutschland steht unter dem Einfluß der Reaktion. Die wichtigsten Machtorgane des Staates (Rechtswesen, Justiz, Polizei, Verwaltung u. a. m.) sind überwiegend reaktionär. Ihre Säuberung bedeutet nichts anderes als den Bürgerkrieg in Deutschland. Die Republik ist reaktionär, weil bei der jetzigen Inspektion der Klassenverhältnisse nur eine solche Republik die Interessen der Bourgeoisie wahrzunehmen vermag. Eine Republik im Interesse der Arbeiter zu schaffen, ist nur möglich auf revolutionärem Wege mittels revolutionärer Kampfmethoden, und eine solche Republik kann und wird nichts anderes sein als die revolutionäre Diktatur des Proletariats. Auch hier muß der „Sozialistische Kampfbund“ Farbe bekennen. Auch hier gibt es kein Zurück vor den zu ziehenden Konsequenzen.

Wir haben die Hoffnung, daß die im „Sozialistischen Kampfbund“ organisierten Arbeiter die Bekämpfung und Halbheit der Anschauung und Auffassung ihrer Organisation erkennen werden. Wir glauben durch die Behandlung der oben erwähnten Fragen und der Stellungnahme ihrer Organisation zu ihnen diesen Arbeitern einen Dienst zu erweisen und sie von der Notwendigkeit des Anschlusses an die revolutionären Proletarier in der kommunistischen Partei und in RKB. zu überzeugen.

## Die Bergarbeiterinternationale zum englischen Streit

Die internationale Konferenz der Bergarbeiterexekutive ist, wie vorausgesehen war, ohne positiven Erfolg beendet worden. Der Vorstoß Coo, zu der wirklichen Masse zu greifen und den internationalen Bergarbeiterstreik zu proklamieren, kam durch die Weigerung der ausschlaggebenden Organisationen, wie des Deutschen Bergarbeiterverbandes, zum Scheitern.

Die Exekutive faßte einen Beschluß, in dem sie den Erfolg der von ihr geleiteten finanziellen und moralischen Unterstützung der englischen Bergarbeiter feststellte. Sie stellt weiter in der Resolution fest:

„Das Internationale Bergarbeiterkomitee betrachtet die Einführung von Kohle aus anderen Ländern als eine der wichtigsten Fragen zur Niederrückung der Bergarbeiter. Es betrachtet den Versuch der britischen Regierung, die Arbeitszeit zu verlängern, als eine ernste Bedrohung der Interessen aller Bergarbeiter sowie der Arbeiter aller Berufe. Das Gelingen dieses Versuches würde ernste Folgen für den internationalen Kampf zur Verkürzung der Arbeitszeit haben. Es beschließt das Komitee, unverzüglich in allen Ländern alle möglichen Maßnahmen zu ergreifen, um die Produktion von Abholz zu dem angeführten Zwecke zu verweigern. Es beschließt ferner, den britischen Bergarbeitern in ihrem Kampfe gegen die Niederdrückung ihrer Lebensbedingungen weitgehende finanzielle Hilfe zu leisten.“

Seit fast zwei Monaten geht der Kampf der englischen Bergarbeiter gegen die Forderung der Verlängerung der Arbeitszeit, Verkürzung der Rechte der Gewerkschaften, ist die größte Gefahr, die den englischen Bergarbeitern droht, die Einführung von Streikbrecherläste. Die Bergarbeiterinternationale betont in ihrer Entschließung die Richtigkeit dieser Auffassung. Es ist nur bedauerlich, daß die Exekutive, die diese Erkenntnis bereits in ihrer Brüssel Resolution feststellte hat, im Laufe der zwei Monate keine Wege beschritten hat, um diese Gefahr von den englischen Bergarbeitern abzuwenden.

Genau richtig ist die Feststellung der Exekutive, daß der Kampf der englischen Bergarbeiter der Kampf aller Bergarbeiter, wie auch der ganzen Arbeiterschaft ist. Sie sieht diese Situation richtig ein, wenn sie sagt, daß eine Niederlage der englischen Bergarbeiter eine Niederlage der ganzen Arbeiterschaft wird.

Wie wir sehen, beurteilen die Mitglieder der Exekutive richtig die Situation. Um so verwertlicher ist es, daß sie, statt konkrete Maßnahmen zur Verhinderung der Kohlenausfuhr und Unterbindung der Förderung von Streikbrecherläste zu treffen, die Resolution mit denselben nichtisagenden Worten schließen, wie sie es bereits in Brüssel und Ostende getan haben.

Die Resolutionen von Brüssel und Ostende sind auf dem Papier stehen geblieben, und sie müßten da stehen bleiben, da die reformistischen Führer des Bergarbeiterverbandes es kraftlosweise unterlassen haben, die Umsetzung dieser Beschlüsse in die Tat zu organisieren. Nicht das geringste ist getan worden, und angesichts der schreien Tatsachen ist es

eine Verwegenheit und Verlogenheit, in einer Resolution der Bergarbeiter-Internationale den „Erfolg“ der durchgeführten Sanktionen festzustellen.

Soll es so weiter gehen? Soll auch dieser Beschluß auf dem Papier stehen bleiben?

Die Bergarbeiterchaft trägt eine große Verantwortung. Ihr Verhalten ist mitbestimmend für das Schicksal der englischen Bergarbeiter. Sie hat die Wahl, bei ihrer jetzigen Stellungnahme zu verharren und so auf der Seite der englischen und deutschen Fiskusbeizler und der englischen Regierung gegen ihre englischen Kameraden zu kämpfen, oder mit dem heutigen Zustande Schluß zu machen und ernstlich die Organisierung der Verhinderung der Streikbrecherläste in Angriff zu nehmen und so den Sieg der englischen Bergarbeiter, der auch der ihre ist, zu sichern.

## Geht weiter für die englischen Bergarbeiter!

Bereits über sieben Wochen stehen anderthalb Millionen englische Bergarbeiter im Kampf um die Erhaltung ihrer bisherigen Lohn- und Arbeitsbedingungen. Nicht jedes deutsche Arbeiter und jeder Arbeiterin ist es, den heldenhaften Kampf der englischen Arbeitsbrüder zumindestens materialistisch zu unterstützen. Nachdem die Sammlungen für den Volksentscheid beendet sind, müssen die Sammlungen für die englischen Bergarbeiter mit aller Kraft weiter aufgenommen werden.

Internationale Arbeiterhilfe Landesauschuss Schellen.

Lehren und Aufgaben

E.W. Das Abstimmungsergebnis beim Volksentscheid in Schlesien zeigt einige interessante Merkmale. Wir müssen prüfen, ob all die Möglichkeiten voll ausgenutzt worden sind...

Der erste Fehler zeigt sich in folgendem: Unsere Genossen waren der Auffassung, daß man in den Betrieben nicht so sehr für die Abstimmung zu agitieren brauche...

In den industriellen Betrieben haben wir beim Volksentscheid die sich uns bietenden agitatorischen Möglichkeiten nicht voll erschöpft. Auf die Herausgabe von Betriebszeitungen ist von den Zellen wenig Gewicht gelegt worden...

Das Resultat der Abstimmung in der Stadt Breslau, wo wir nicht einmal die Zahl der Eingeschriebenen zum Volksbegehren erreicht haben, ist zum mindesten zum Teil darauf zurückzuführen, daß die Agitation unter der Industriearbeiterschaft vernachlässigt wurde...

Die Landagitation ist von uns mit großem Eifer betrieben worden. An den Agitationstouren aufs Land beteiligten sich verhältnismäßig viel Parteigenossen. Unsere Genossen haben unermüdlich gearbeitet, um die Wirksamkeit der reaktionären Propaganda abzuschwächen...

Aber auch bei unserer Landagitation haben wir einen Fehler gemacht. Bei den Agitationstouren aufs Land haben wir zu großen Wert auf ein demonstratives Auftreten gelegt. Der Wert einer Demonstration soll nicht unterschätzt werden...

Ein weiterer Mangel besteht darin, daß wir nicht zur Genüge die Sympathisierenden zur Arbeit herangezogen haben. Die maßlosen Fürstenansprüche haben bereits Massen in Bewegung gebracht, die sonst der politischen Bewegung fernstehen...

In der Volksentscheidskampagne ist es gelungen, breite Schichten der Bevölkerung von der reaktionären Front loszulösen. Jetzt kommt es darauf an, den entscheidenden Teil der Masse, der sich zahlenmäßig in 1 1/2 Millionen ausdrückt, in die rote Klassenfront einzugliedern. Der

Kampf gegen den Milliardenraub der Fürsten geht weiter. Zur Unterstützung der parlamentarischen Obstruktion gegen das sogenannte Fürstenkompromiß müssen die 14 1/2 Millionen mobilisiert werden. Bei mächtigen Kundgebungen soll der Wille zur Fortsetzung des Kampfes gegen die Halbgier der Fürsten zum Ausdruck kommen...

In Verbindung mit dieser Bewegung muß der innere Ausbau unserer Parteiorganisation energischer wie bisher vorgenommen werden. Ueber diese Aufgaben werden in nächster Zeit konkrete Anweisungen herausgegeben.

Zu den Unterbezirksdelegiertenkonferenzen in Schlesien

P.G. Am 4. Juli und 11. Juli finden in allen Unterbezirken U.-B.-Delegiertenkonferenzen statt. Diese Konferenzen unterscheiden sich von den bisherigen U.-B.-Konferenzen dadurch, daß die Delegierten vorwiegend von den Betriebs- und Straßenzellen gewählt werden...

Bei der Vorbereitung der U.-B.-Delegiertenkonferenzen gilt es u. a. folgende Gesichtspunkte zu beachten: Nach Ueberprüfung der bisher geleisteten Arbeit der Reorganisation muß festgestellt werden:

- 1. Wie weit die Umstellung der Partei auf Betriebs- und Straßenzellen in den einzelnen U.-B. und Ortsgruppen bereits erfolgt ist;
2. wie weit die U.-B.-L. und Ortsleitungen mit Unterstützung der BL. imstande waren, die von der Partei gestellten Aufgaben den Verhältnissen entsprechend auf die Zellen zu übertragen und die Durchführung der Arbeit zu kontrollieren;
3. wie weit und mit welchem Ergebnis die Zellen die ihnen übertragenen Parteiarbeiten durchgeführt haben;
4. wie weit bereits Fortschritte zu verzeichnen sind in Bezug auf a) die Festigung und Ausbau der Organisation durch Herausbildung arbeitsfähiger Leitungen...

Bei der Betrachtung und Untersuchung dieser Fragen wird sich herausstellen, welche Fehler und Mängel der Organisation noch anhaften und welche Lehren und Schlüsse für die Zukunft daraus gezogen werden müssen. Einige besonders auf organisatorischem Gebiet liegende Fehler sind u. a.: 1. die noch immer nebeneinander bestehenden Reste der alten Wohnbezirks- und der bereits teilweise durchgeführten, auf Betriebsbasis aufgebauten Organisation...

Die U.-B.-Konferenzen werden sich im wesentlichen damit zu beschäftigen haben, wie arbeitsfähige Leitungen vom Unterbezirk bis zur Zelle in der kürzesten Zeit geschaffen werden können.

Mit den Vorbereitungen der U.-B.-Delegiertenkonferenzen muß durch sofortige Einberufung von Zellenmitgliederversammlungen, in denen die Wahl der Delegierten zu erfolgen hat, begonnen werden. Zu diesen Versammlungen muß jedes Mitglied schriftlich oder mündlich eingeladen werden. Der Delegationsmodus ist, wie schon an anderer Stelle mitgeteilt wurde, folgender: Die Ortsgruppen, wo die Umstellung auf Zellen noch nicht erfolgt ist, erhalten einen Delegierten, die übrigen Ortsgruppen, die bereits auf Betriebs- und Straßenzellen umgestellt sind, erhalten für jede Zelle bis zu 20 Mitgliedern einen Delegierten...

Achtung, Zellen des Bezirks Schlesien!

Am 4. und 11. Juli finden in allen Unterbezirken die U.-B.-Delegiertenkonferenzen statt. Nehmt sofort dazu Stellung und bereitet die Konferenz entsprechend in den Zellen vor.

Fragen des Parteiapparates

Von Ossip Platnitzki.

Die nachfolgenden Ausführungen sind ein Auszug aus dem Vorwort zum Protokoll der II. Orgberatung der Komintern.

In bezug auf den Parteiapparat mußten wir konstatieren, daß in Deutschland und in Italien in den Partelleitungen außer im ZK. nirgendwo eine einheitliche Führung vorhanden ist. In Italien haben wir die sogenannten politischen und administrativen Sekretäre — und zwar durchgängig bis zu den Zellen herab. In Deutschland haben wir in den Bezirks- und Stadtteilleitungen neben den politischen Sekretären — Orgsekretäre. Wie man eine genaue Abgrenzung zwischen politischer und organisatorischer Arbeit durchführen, wie man überhaupt die politische Arbeit von der Org-Arbeit scharf trennen kann, ist unverständlich...

Ein zweiter Mangel in der Tätigkeit des Apparates besteht darin, daß einige ZK.'s so arbeiten, als ob sie die Arbeit für die gesamte Partei verrichten müssen. Sie beschäftigen sich mit Fragen, die in Wirklichkeit die Bezirkspartelleitungen verrichten müssen; einige ZK.'s versuchen, die Arbeit selbst durchzuführen, anstatt den Bezirkspartelleitungen die notwendigen Direktiven zu erteilen, damit diese Bezirksleitungen selbst die Direktiven auf die besonderen Verhältnisse in ihrem Bezirk anwenden. Das beeinträchtigt nicht nur den Erfolg der Arbeit, sondern beraubt auch die Bezirkspartelleitungen jeder Initiative, da die Bezirksleitungen sich dann vollkommen auf das ZK. verlassen und sich keine Gedanken darüber machen, wie sie selbst die Arbeiten durchführen können. Wenn eine breite Kampagne in Angriff genommen und durchgeführt werden muß, warten sie auf Instruktionen von oben, gehen aber nicht selbstständig an die Arbeit heran. Solche Zustände sind ganz unnormal. Die Organisationen dürfen nicht in allen Fällen einfach dazusitzen und auf Direktiven warten. Eine solche Art von Zentralismus bringt die Dinge nicht bloß nicht vorwärts, sondern stört nur die Arbeit. In der Org-Konferenz wurde darauf hingewiesen, daß die Bezirksleitungen in Rußland nach der Februarrevolution, daß insbesondere solche Organisationen wie die in Moskau, Odessa, Astrachan oder Kiew, überhaupt keine Möglichkeit hatten, auf Direktiven des ZK.'s zu warten, da die Ereignisse in einem tollen Tempo sich entwickelten. Die Parteiorganisationen mußten auf ihre eigene Verantwortung arbeiten. Es genügt, einen Leitartikel in der „Prawda“, oder einen anderen wichtigen Artikel durchzulesen, um daraus die Grundlinie abzuleiten und selbständige Schlußfolgerungen für die praktische Arbeit zu ziehen. Genau so wurden richtunggebende Artikel in der Presse der Bezirksorganisationen veröffentlicht, Flugblätter herausgegeben und Losungen aufgestellt, deren Durchführung man in Angriff nahm. Bei dem damaligen Entwicklungstempo der Ereignisse hatte das Zentralkomitee der KPR. nicht die Möglichkeit, jeder einzelnen Organisation besondere Direktiven zu geben. Obwohl ein solches Arbeitstempo wie in der Revolutionszeit in Rußland nicht immer in den Sektionen der Komintern zu verzeichnen sein wird, so muß man trotzdem die Methode der Leitung der lokalen Parteiorganisationen durch das ZK. von den Kommunistischen Parteien der kapitalistischen Länder in der jetzigen Periode angewandt werden. Eine jede Parteiorganisation muß im Rahmen der allgemeinen Parteibeschlüsse (der Parteitage, Parteikonferenzen und des ZK.) selbständig die auf ihrem Tätigkeitsgebiet vor ihr stehenden Aufgaben erledigen. Ein dauerndes Warten auf Direktiven des ZK. in allen Fragen wäre eine passive und sozialdemokratische Einstellung, für uns schädlich und unmöglich.

Der dritte Mangel ergibt sich bereits aus dem zweiten: Da nun einmal die ZK.'s bestrebt waren, die Arbeit der Bezirksleitung zu machen, so ist ihr Apparat übermäßig groß geworden, während in den Bezirksleitungen nur ein oder zwei angestellte Parteiarbeiter — und in den großen Stadtteilleitungen überhaupt keine vorhanden sind.

So darf es nicht weitergehen. Die II. Org-Konferenz empfiehlt den ZK.'s der Partei, den zentralen Apparat zu verringern und gleichzeitig den Apparat der Bezirks- und Stadtteilleitungen zu vergrößern.

Zwecks Festigung des organisatorischen Einflusses, den die Kommunistischen Parteien des Auslandes bereits besitzen, genügt es nicht mehr, die Kommunisten in den Betrieben und in den Massenorganisationen bloß zusammenzufassen, sie müssen alle fähigen Parteimitglieder in den Betrieben, Gewerkschaften und sonstigen Massenorganisationen feststellen, sie richtig verteilen, ihnen bei der Arbeit helfen und mit ihrer Unterstützung die taktische Linie der Partei durchführen. Das ist eine dringende Notwendigkeit. Ich bin überzeugt, daß wir in den unteren Parteiorganisationen unserer Kommunistischen Parteien Kräfte haben, die die Kommunistischen Parteien noch nicht genügend ausnutzen. Diese Aufgabe muß man unbedingt lösen. Zu diesem Zweck muß man an die Registrierung und Verteilung der Parteiarbeiter herangehen.

Achtung, Kassierer des Bezirks Schlesien!

Die Fragebogen der Abt. Kasse müssen am 30. Juni 1926 bei der Bezirksleitung eingetroffen sein.

Bis zum 8. Juli müssen für Juni die Beitragsabrechnungen und die Gelder auf Postscheckkonto 11396 Breslau, Artur Müller, eingesandt sein mit dem ausdrücklichen Vermerk, ob die eingesandten Gelder für Beitragsmarken, Meismarken, Bergarbeiterbroschüren, Sammelisten oder Kampffondsmarken zum Volksentscheid sind.

Wir erwarten, daß jede Orts- und Zellengruppe pünktlich abrechnet.

Parteigenossen!

Lest und abonniert den „Parteiarbeiter“. Kein Funktionär, keine Zelle ohne den „Parteiarbeiter“, Nr. 6 letzte Ausgabe.

# Breslau

Am Dienstag, den 22. Juni, abends 8 Uhr, findet in Hoffmanns Salen, Pöpelwitzstraße 15/17, eine gemeinsame **Mitgliederversammlung** aller Partei- und Jugendmitglieder, sowie der KPS-Kameraden statt. Tagesordnung: Die gegenwärtige Lage und unsere Arbeit. Alle Beiträge sammeln sich an ihren Plätzen und marschieren gemeinsam nach dem Versammlungsort. Mitgliedsbücher als Ausweis mitbringen.

## Die „Schlesische Volkszeitung“ gegen Dr. Jaenicke

Das Zentrum verlangt einen Reaktionspräsidenten.

Zu dem amtlich geleugneten Streit zwischen dem Regierungspräsidenten Jaenicke und dem Polizeipräsidenten Kleibömer schreibt die „Schlesische Volkszeitung“:

Das zwischen Regierungspräsident Jaenicke und Polizeipräsident Kleibömer gerade sehr ideales Verhältnis besteht, ist eingeweihten Kreisen seit längerer Zeit bekannt. Der weiteren Öffentlichkeit wurde dieser bedauerliche Zustand offensichtlich, als der Regierungspräsident anlässlich einer kurzen Abwesenheit des Polizeipräsidenten in recht auffälliger Weise und mit größter Eile die Untersuchung des Breslauer Kindermordes übernahm, während in erster Linie der Vertreter des Polizeipräsidenten dazu berufen ist. Man zog daraus den Schluss, daß der Regierungspräsident an der Art und Weise, wie der Polizeipräsident die Untersuchung führte, etwas auszusetzen hatte. Der „kriminalistischen Befähigung“ des Regierungspräsidenten, die anlässlich des Sackfischer Mordes von einer gewissen Presse mit einer Deutlichkeit erwähnt wurde, daß man die Absicht merkte, ist damals allerdings der Erfolg verlagert geblieben, und auch die Behandlung des Sackfischer Mordfalles war nicht gerade hervorragend sachgemäß, sonst hätte man wohl das Tösching, den Dolch und den Abschiedsbrief des Täters etwas rascher gefunden, und wohl auch bald entbedt, daß die Zertrümmerung des Schädels von einem Schuß herrührt. Der schlesische Bevölkerung wäre bei einer schnelleren Aufklärung der Mordtatsache sicher viel Erregung erspart geblieben.

Mit dieser Kritik hat die „Schlesische Volkszeitung“ zweifellos recht. Daß es ihr aber auch bei dieser Gelegenheit weniger ankommt auf eine Kritik der völlig unmöglichen Zustände bei der schlesischen Kriminalpolizei, als auf die Gelegenheit, wieder mal ein politisches Geschäft für das Zentrum zu machen, beweist folgender Schlusssatz des Artikels:

Wenn es zu einer Aenderung in der Stellenbesetzung kommen sollte, so ergäbe sich zugleich die Gelegenheit, die Spitzenstellen etwas mehr nach den Grundrissen der Parität zu besetzen. Denn es ist nach demokratischem Prinzip ein Übel, daß die in Schlesien üblichen bedeutungslosen demokratischen Parteien in niedrigeren Stufen der Regierungspräsidenten, den Polizeipräsidenten und den Oberbürgermeistern von Breslau stellt, während das Zentrum in den führenden Stellen überhaupt nicht vertreten ist, sondern sich überall mit zweiten Stellen begnügen muß. Gerade im Regierungsgebäude am Lessingplatz wäre eine Aenderung notwendig, da die Umgebung des Regierungspräsidenten vollkommen zentrumsrein ist.

Viel Pietät kann man dem frommen Zentrum nicht nachsagen; der arme Kranke ist noch nicht verstorben, aber schon bei Lebzeiten melde es sich, um die Erbschaft anzutreten. Seitdem das Zentrum in Oberschlesien nahezu alle Regierungsstellen besetzt und die sogenannte Autonomie weidlich zum Amtserhalt ausgenutzt hat, wächst der Appetit beim Esien. Auch in Niederschlesien will die gerissene Partei, führend auf die „Parität“, die Nutznießerin der Novemberrevolution werden.

## Wahlterror der Junier

Aus Orlau wird uns folgender Vorfall von glaubwürdiger Seite geschildert:

Am Sonntag, den 20. d. Mts., begaben sich der Schweizer Friseur Schröder und der Adlerfischer Paul Sündermann zur Wahl, um ihr Wahlrecht auszuüben. Dieselben waren bei dem Gutsbesitzer Geier in Groß-Weitzerau in Stellung. Am selben Sonntag tagte bei Herrn Geier eine Geburtstagsgesellschaft. Gegen Nachmittag zwischen 4 und 5 Uhr begab sich die Geburtstagsgesellschaft ins Gasthaus bei Herrn Ernst Schröder, wo auch das Wahllokal sich befand. Nach Schluß der Wahl gefellte sich auch der Wahlvorstand zu der Geburtstagsgesellschaft. Als Gutsbesitzer Geier von der Geburtstagsfeier nach Hause kam, sagte er, er könnte das nicht leiden, daß wir zur Wahl waren.

Wir sollen so schnell wie möglich machen, daß wir keinen Hof verlieren, sonst gäbe es morgen zwei Leute.

Zeugen, die das gehört haben, sind der Adlerfischer Paul Sündermann aus Kauerz, Kreis Orlau, Dienstadtgenosse Hedwig Peile aus Kauerz, Kreis Orlau, zugezogen in Stellung bei Gutsbesitzer Geier in Groß-Weitzerau, und der Adlerfischer Karl Büttner, ebenfalls bei Geier in Stellung. Man ist in Weitzerau der Auffassung, daß der Wahlvorsteher dem Gutsbesitzer Geier mitgeteilt haben muß, daß die beiden oben genannten Entlassenen zur Wahl waren.

So steht die „Wahlfreiheit“ auf dem Lande aus. Wo bleibt hier die Staatsanwaltschaft um gegen morddrohende Gutsbesitzer einzuschreiten?

## Zustände im Gaswert Dürrgoh

(Von unserem Betriebsberichterstattung)

Vor ungefähr Jahresfrist richtete die kommunistische Fraktion im Stadtparlament die Anfrage, wie es sich mit der Kotschiebung im Gaswert Dürrgoh verhält. Die Antwort war, daß die Untersuchung schwebt. Scheinbar ist sie bis heute noch nicht abgeschlossen. Inzwischen ist der Arbeiter Draht, welcher bei der Verwaltung seinerzeit als ehrenvoller Mann tituliert wurde, festlos entlassen worden. Das Gewerbeamt entschied die Wiederinstellung, doch die Verwaltung lehnte es ab und zahlte ihm lieber für ungefähr 8 Wochen Lohn. Inzwischen ist wieder ein leuchtiger Mann von echtem Scharf und Korn vom Dienst dispensiert worden, und es geht das Gerücht, daß derselbe auf halbem Gehalt gesetzt worden ist. Die Belegschaft murren im Wert, daß dies im Zusammenhang mit der Kotschiebung und dem Fall Draht steht. Was ist wahres daran? — Heraus mit der Sprache! Will die Verwaltung durch die neuesten „Rationalisierungsbestrebungen“ in Form von Pensionierungen und Versetzungen von Arbeitern etwa von den bestehenden Mißständen ablenken?

## Das Ergebnis der Johannistag-Sport-Lotterie

In der öffentlichen Auslosung am Sonntag um Mitternacht fiel der Hauptgewinn, ein fahrerlicher, fabrikneuer Opelwagen, auf die Nr. 86 912, während das Motorrad von dem Inhaber der Losnummer 25 152 mit Beislag belegt werden wird. Folgende Nummern wurden dann noch gezogen: Es gewonnen:

- Je ein Herrenrad: 81 929, 45 016, 96 055, 33 514, 1644, 11 173, 49 868, 35 479, 15 828.
- Je ein Damenrad: 26 799, 69 689, 24 264, 41 363, 56 439, 50 599, 69 770, 65 138, 95 304.
- Je eine silberne Damenradbanduhr: 73 872, 65 501, 72 861, 36 367, 77 887, 24 222, 40 395, 48 429, 69 066, 46 372.
- Je eine Herren-Taschenuhr: 12 495, 32 232, 58 440, 34 685, 18 457, 8003, 5851, 44 231, 48 349, 19 212.
- Ein Barometer: 81 464.

# Der grobe Betrug der Hauszinssteuer

Die dritte Steuernotverordnung bildet in ihrem § 26 ff. die Grundlage der Hauszinssteuer, die mit dem 1. April 1926 eingeführt wurde und als eine der gemischten Steuern bezeichnet werden kann; sie ist ein offenkundiger Betrug an der arbeitenden Bevölkerung, indem man die Wohnungsnot der arbeitenden Klasse benutzte und die Hauszinssteuer als Mittel zur Behebung dieser Wohnungsnot hinstellte, während sie in Wirklichkeit eine indirekte Steuer ist, die nur zu einem ganz kleinen Teil dem vorgesehnten Zweck dient. Nach einer in der „Kommune“ 1925, Nr. 8 veröffentlichten Statistik ergab sich folgendes Bild:

in Hauszinssteuer wurde erhoben:	Davon für Wohnungsbau verwendet:
in Preußen 26 Proz.	14 Proz.
in Bayern 22 „	11 „
in Sachsen 27 „	10 „
in Baden 16 „	4 „
in Thüringen 24 „	12 „
in Braunschweig 20 „	3 „

Diese Statistik zeigt, daß in den meisten Fällen weit mehr als die Hälfte an deren Zwecken als dem Wohnungsneubau dienende. In den verschiedensten Zeitalterschnitten, in denen die Hauszinssteuer eine Erhöhung erfuhr, verminderte sich auch ihre Verwendung und es kam sogar vor, daß Erhöhungen stattfanden, die nur dem allgemeinen Finanzbedarf zugute kamen. Im gleichen Zeitraum, dann steht man, welcher Raubzug an den Werktätigen durch die Hauszinssteuer getrieben wird.

Während die häuerliche Bevölkerung in den meisten Ländern von Hauszinssteuern befreit ist, wird sie von der städtischen Bevölkerung allgemein erhoben, sie bildet also ein Ausnahmerecht. Unterstützungen für den Wohnungsbau stehen aber dem Landwirt ebenfalls zur Verfügung, so daß die städtische Arbeiterschaft den Agrarern hilft, billige Häuser zu bekommen!

Für die besitzende Klasse ergeben sich weiterhin besondere Vergünstigungen. Die Grundstücke, die am 31. Dezember 1918 unbelastet waren, brauchen nur 10 Prozent der Steuer zu zahlen, ist das Haus belastet bis zu 10 Prozent, so sind nur 15 Prozent Steuern zu bezahlen; bei 20 Prozent Belastung sind 20 Prozent Steuer, bei 30 Prozent Belastung 25 Prozent Steuer zu entrichten.

Der Besitzer eines schuldenfreien Hauses zahlt also nur 10 Prozent, während der Werkstätige, den das Glück keineswegs in den Schoß warf, die volle Steuer entrichten muß.

Gratulare Ungerechtigkeiten bei der Erhebung einer indirekten Steuer kann es wohl kaum geben! — Es ist selbstverständlich, daß eine große ständereiche Kammer mehr Wohnraum gebraucht, als eine weitverbreitete; infolgedessen muß sie auch der Wohnung entsprechend, mehr Hauszinssteuer zahlen, und die Steuer wirkt sich daher als

## Konsequenz

aus! Und welches Raffinement liegt weiter in dieser Steuer? Der Werkstätige, der seine Miete zahlt, entrichtet damit zugleich einen bedeutenden Teil indirekter Steuer, ohne dessen Bewußt zu sein. Wird er zahlungsunfähig, so droht ihm die Expropriation, er verliert sein Dach über dem Kopf. Der

Staat benutzt dieses drohende Schicksal der Obdachlosigkeit, um reiflos keine Steuer zu erhalten.

Ein gemeineres System der Steuerentziehung kann es wohl kaum geben. Und wie sieht nun der

## Effekt der Hauszinssteuer

hinsichtlich der Behebung der Wohnungsnot aus? Von den zur Verfügung stehenden Geldern, die als Hauszinssteuerhypothek vergeben werden, kann nur derjenige ein Darlehen erhalten, der schon ein kleines Kapital von 5000 bis 6000 Mark besitzt. Der größte Teil der Werkstätigen scheidet damit aus. Und die durch Wohnungsfürsorgegesellschaften oder Heimstätten errichteten Wohnungen werden so teuer, daß die arbeitende Bevölkerung davon keinen Nutzen hat, denn „neben an sich bereits sehr hohen Mietzinsen müssen die Bewerber für Neubauwohnungen durch Zahlung von Baukostenzuschüssen zur Überbrückung der nicht gedeckten Baukosten beitragen.“ (Jahresbericht der Wohnungsfürsorgegesellschaft Berlin m.B. 5. 1925) So kostet eine Zweizimmerwohnung monatlich 80 Mark Miet dazu ein Baukostenzuschuß von 1500 Mark, der innerhalb zweier Jahre in monatlichen Raten abgetragen werden kann. Monatsmieten von 100—200 Mark sind meist die Regel, für den größten Teil der Werkstätigen untragbar.

Das Volk ist obdachlos bei leerstehenden Häusern.

So ist die Wohnungsnot nicht zu beseitigen. Darum muß die Forderung der Werkstätigen und Mieter lauten: Aufhebung der Hauszinssteuer, die die arbeitende Klasse ausbeutet und hinterlistig ausplündert die Besitzenden aber schon!

## Theater und Kino

**Victoria-Theater.** „Gemein-Ober.“ Alfred Herzog, der Verfasser von „Lebenslänglich“, hat eine politische Revue, die er Zeitbilder nennt, geschrieben. Soweit er die völkischen Geschäfte und Putschmacher in ihrer Strampelhaftigkeit zeigt, sind seine Bilder gelungen. Die Gerichtsform ist gut. Wirkungsvoll wäre auch das Bild aus dem Kapp-Putsch gemeint, wenn es den Sieg der Arbeiter besser veranschaulicht hätte. Wie in „Lebenslänglich“, so fehlt auch in dem neuen Stück die konsequent durchgeführte politische Idee. Herzog steht noch zu abseits vom wirklichen Kampf des Proletariats. Sein „Held“, der sich vom Völkischen zum Revolutionär entwickelt, ist ein Kleinbürger, der an der Peripherie des Klassenkampfes steht. Im individuellen Kampf gegen seinen politischen Gegner, den er durch eine Kugel niederschreit, erschöpft er seine Lebensaufgabe. — Wenn Herzog seine politischen Bilder aus dem lumpenproletarischen Milieu in die Sphären des Klassenkampfes verlegen wird, dürfte er bei seiner starken Bühnensoutine Erfolg haben. Westfalen muß er freilich einen erheblichen Teil Amorantismus und Sentimentalität, die in krassen Widerspruch zu seiner scharfen Realistik steht. Eine gute Darstellung verhalf der Aufführung zu starkem Beifall und Blumenpenden. Besondere Leistungen boten Alfred Herzog, Ferdinand Gröndler, Schumann, Wolff, Fr. Friebe, Lotte Rexin, Ellen Reichig, Frau Schwanke.

**Filmhaus! Weltbühne!** Die „Himmels“. Ein typischer bürgerlicher Film, die getreue Photographie der „Geschichte“ aus den „Neuesten Nachrichten“, ohne Sinn und Verstand, nur einen Zweck haben diese Filme, das Klassenbewußtsein der Arbeiter zu verdrängen. Die gute alte Karte, die tugendhafte, heisere Jungfrau, die erfolgreich ihre Rivalin, eine kokette, reiche Lebendame, bekämpft. Solchen Nisch spielt man in einem Kino, das ausschließlich von Arbeitern besucht wird. Die gähnende Leere hemies den nicht lot zu kriegen den gequälten Gehmaß der Arbeiterschaft, die andere natürliche Kraft verlangt. Die Direktion der Weltbühne wird daraus hoffentlich ihre Lehre ziehen.

## Versammlungskalender

- Parteiveranstaltungen**
- Stadtvorordnetenstaktion Dienstag 7 Uhr, Sitzung bei Belle, Rathaus 7.
  - Zellengruppe Nordost. Heute 6,30 Uhr, Brigittental 7, Antreten zur Versammlung.
- Kommunistischer Jugend-Verband Breslau.**
- Dienstag: Teilnahme der gesamten Gruppen an der Mitglieder-versammlung der Partei bei Hoffmann.
  - Mittwoch: Zentrum. Die Reutereien in der Schwarzmeerflotte 1905. Vortrag in der Cecilienstraße, Taschenstraße.
  - Mittwoch: West. Heimabend Pofenerschule.
- Roter Frontkämpfer-Bund Breslau.**
- Abtg. 2. Heute 6,30 Uhr, Brigittental 7, Antreten im Marschanzug zur Versammlung.
  - Jungfront Nordost. Mittwoch Kameradschaftsabend Brigittental 7.
  - Roter Frauen- und Mädchenbund. Dienstag, 7,30 Uhr, Turmhof Neue Antonienstraße.
- Sonstige Organisationen**
- Breslau.**
- Die Rechtsauskunft der Roter Hilfe wird jeden Montag und Donnerstag nachm. von 5—6 Uhr von einem Rechtsanwalt abgehalten.
  - Rote Hilfe. Mittwoch 7,30 Uhr Sitzung des Bezirksvorstandes im Büro, Neu Rathaus 7.
  - Freie Presse Wasser- und Wintersportabteilung. Mittwoch 8 Uhr im „Kroppring“ Versammlung.
  - Hiesberg. Arbeiter-Samariter. Jeden Donnerstag nach dem 1. im Monat Mitgliederversammlung in der „Witten-Spinnung“.
  - Götlich. Interner Bund der Opfer d. Arleens. Mitglieder-Vorversammlung Donnerstag im „Goldenen Baum“, Untermarkt, 8 Uhr.

Bernüht wird seit dem 21. d. Mts. der Schüler Walter Schwarz geb. 29. März 1913 zu Breslau, hier, Bahnhofstr. 26, bei den Eltern wohnhaft gemeldet. Es wird vermutet, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist. Schwarzer ist 1,40 Meter groß, schmählich, hat dunkelblondes, dichtes Haar und dicke Augenbrauen, gebräuntes, sommerprallig volles Gesicht, hohe Stirn und vollständige Zähne. Bekleidung Braun und Schwarz gefärbtes Jackett, blaue Leinenjacke, grau-schwarz gestreifte Hose und weißes Hemd, ohne Kniebesteckung. Markieren über den Verbleib des Vermissten erbittet die Kriminalpolizei Breslau, Schuhstraße 46, Zimmer 10/11.

Unwetterwachen in den Parkanlagen. Durch den vielen Regen und das steigende Grundwasser ist der Boden vielfach so aufgeweicht, daß selbst starke Baumriesen bei den Gewitterstürmen der letzten Tag umgeworfen worden sind. So fiel leider in der vorigen Nacht ein starke Eiche von fast ein Meter Durchmesser und neun Meter Stammhöhe bis zur Krone über den Promenadenweg zwischen der Schwärze und der Fürstenstraße. Desgleichen ging im Weidenhofer Park eine ein Meter starke Eiche zu Bruch!

## Uchtung, Reibortiere!

Neben Verwendung neuer Abrechnungsformulare folgt in den nächsten Ausfertigung. Einziehung des Geldes sowie Abführung an den Verlag wie bisher. Der Verlag.



## Wetterbericht

des meteorologischen Observatoriums Arlettern bei Breslau.

Das gesamte Strömungssystem über dem Festlande begann sich mehr und mehr zu beruhigen. In der abstrakten Realität der mehrfach Aufbebung ein, so daß die Temperaturkurven fast anliegen werden. Da die Lage vorläufig wenig Veränderung erfährt, können wir nunmehr mit vorwiegend trockenem und aufhellendem Wetter rechnen. Nur vereinzelt kann es noch zu leichten gewitterartigen Schauern kommen. Ausläufer des Mittwachs. Bei schwacher Luftbewegung volle Aufhellung, nur vorübergehend wolkig und bei einzeln gewitterartige Schauer. Tagsüber weitere Erwärmung. Nächsten für die schlesischen Gebirge: Teils aufhellendes, teils woliges Wetter, bei schwacher Luftbewegung etwas wärmer, mit vereinzelt drückliche Gewitterstauer.

# Waldenburg

## Das Hungerdasein der Waldenburger Bergarbeiter

(Von unserem Betriebsberichterstatter.)

Infolge eines Selbstmordes wurde auf der Gläthill Friedenshoffnung-Grube in Niederhaindorf vergangene Woche nur an 2 Tagen gearbeitet. Gräblich zahlte die Grubenverwaltung ganze 9 Mark Abschlag aus. (Für die zwei verfahrenen Schichten standen dem Rumpel 6 Mark zu. Rastlos waren die 3 Mark mehr kein Geschenk. Sie werden am Lohnstage abgezogen. Schon jetzt können sich die Kameraden der Haindorf-Grube ausmalen, welche horrenden Lohnlag sie am 15. Juli haben werden. Die Mehrzahl wird mit einem Rest nach Hause gehen müssen.)

Auf dem Bahnhofsplatz mußte die Belegschaft ebenfalls zwei Tage feiern. Die Störung war hier auf das Eindringen des Wassers zurückzuführen.

Wir fragen: Kann ein Bergmann von 9 Mark eine Woche lang seine Familie ernähren?

Nicht viel höher ist der Verdienst des Rumpels auch dann, wenn er das Glück hat, seine regelmäßigen 6 Schichten zu verfahren. Vor uns liegt ein Lohnbeleg für den Monat Mai 1926. Sein Besitzer ist Hauer und Familienvater. Die Rechnung auf dem Lohnbeutel sieht folgendermaßen aus:

Lohn für 22 Schichten	101,20 M.
Altholz	2,20 "
Kindergeld	5,94 "
Zulage	3,30 "
<b>Summe des Lohnes</b>	<b>112,73 M.</b>

An Abzügen gehen davon ab:

Abschlag	76,- M.
Invalidentversicherung	2,61 "
Pensionsversicherung	6,50 "
Krankenkasse	7,10 "
Unterstützungskasse	2,- "
Grubenvorschuß	10,- "
Altholz	2,- "
<b>Summe der Abzüge</b>	<b>106,21 M.</b>

Als bötes Lohn erhielt der Hauer am 15. Juni 6,50 Mark ausgezahlt. Der Bergmann hat zwei noch schulpflichtige Kinder zu versorgen, ist voriges Jahr längere Zeit krank gewesen, seine Frau ist ebenfalls krank, seine älteren zwei Söhne sind vor kurzem erwerbslos geworden.

22 Tage Arbeit und 6,50 Mark Lohn. Es nimmt niemanden Wunder, wenn angesichts dieser Tatsachen die Selbstmorde in erschreckender Weise zunehmen.

Zwei Opfer des Antireichstums. Auf der Melchiorgrube in Dittersbach tanzte der jugendliche Arbeiter R. beim Kokssofenbau von einer Leiter und zog sich eine Verletzung des linken Fußes zu. In der Zündwarenfabrik wurde der Maschinenmeister K. n. durch eine herabfallende Eisenstange an die Hand gequetscht, wobei ihm eine Hand verfehlt wurde.

Sittlichkeitsverbrechen. Aus Schwengfeld wird gemeldet: Ein Sittlichkeitsverbrechen verübt wurde hier von einem etwa 40 Jahre alten Mann an einem 13-jährigen Schulmädchen. Der 1,70 Meter große Mann frag das Kind nach dem Wege zur Creifauer Molltegrube und forderte es auf, ihm den Weg zu zeigen. Untermwegs packte er plötzlich das Mädchen und versuchte es in den Busch zu ziehen. Auf das Schreien des Kindes riefte Hilfe, die den Missetäter wohl verfolgte, ihn aber nicht erwischte.

Waldenburg. Im Stadtpark erschossen hat sich am 25. Juni etwa 100 Meter von der Chapelle entfernt der Kutscher Kurt Friebe aus Waldenburg, Stadtparkriedlung. Als Kollo zur Zeit nach Schwermut angenommen. Die Leiche wurde nach Beichtigung des Totortes durch die Kriminalpolizei nach der Leichenhalle Jettitzhof in Waldenburg überführt.

Vom Tode ereilt wurde am Sonnabend die etwa 26 Jahre alte ledige Marie Pätzold von der Rothbühlstraße. Sie befand sich auf dem Wege zum Oberbahnhof, als sie plötzlich kurz vor dem Bahnhofgebäude von einem Herzschlag befallen wurde und auf die Straße fiel. P. war auf der Stelle tot.

Freiburg. Ein Unfall ereignete sich bei der am Freitagabend abgehaltenen Übung der Freiwilligen Feuerwehr. Beim Anzuge der neuen 24 Meter langen drehbaren Steigeleiter löste sich in ungefähr 18 Meter die Haltefeder des Stahrohres, die dem Dachbedeckungsmeister K. mit derartiger Wucht auf die rechte Hand fiel, daß zwei Finger zerquetscht wurden.

# Görlitz

Protestkundgebung gegen die Görlitzer Klassenrichter. Am Freitag, den 2. Juli, abends 8 Uhr, veranstaltete die „Rote Hilfe“ sowie der Rote Frontkämpfer-Bund eine Protestkundgebung gegen die Schandurteile der Görlitzer Klassenrichter. Einen besonderen Anlaß dazu gibt der Strafakt des Oberstaatsanwalts Otto, welcher gegen den Kameraden Bohas, welcher Mitglied des RFB ist, fünf Jahre Zuchthaus beantragt hat, weil er einen Hausbesitzer die Wäsche weggenommen haben soll. Offener und brutaler kann sich die heutige Klassenjustiz wohl kaum offenbaren. Die Görlitzer Arbeiter-Schaft wird am Freitag beweisen, ob sie sich noch länger solche Urteile gefallen lassen will oder nicht. Der RFB wird am Freitag um 6 Uhr einen Propagandamarsch durch die Straßen der Stadt unternehmen, um die letzte Propaganda für diese Kundgebung zu machen. Die Parole für Freitag heißt: Auf zur Protestkundgebung im Konzerthaus!

Das Görlitzer Zuchthaus wird geräumt. Wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, soll bis zum 1. Oktober das Zuchthaus geräumt sein. Die Inhaftierten werden in anderen schlesischen Strafanstalten untergebracht. Fast ungläublich erscheint uns die Mitteilung, daß nach der Räumung die Strafen ins Zuchthaus einzeln sein soll. Was sagen, wenn das zutreffen sollte, die Schubpolizeibeamten dazu?

Wir haben in einem längeren Artikel „Kohlschrei der Gefängnisbeamten“ bereits von der Räumung des Görlitzer Zuchthauses und des Breslauer Frauengefängnisses Stellung genommen. Die Beamten haben bisher vergeblich gegen den Skandal protestiert und unsere Forderung im Landtag wird sich mit der Angelegenheit beschäftigen.

# Arbeiter-sport

## Zu den Bundestagen der Arbeiter-Sportverbände

In diesem Jahre haben fünf Arbeiter-Sportverbände ihre Bundestage. Der Arbeiter-Turn- und Sportbund hält seine Tagung am 25. und 27. Juli in Hamburg ab. Der Arbeiter-Radsportbund „Solidarität“ wird seinen Bundestag vom 17. bis 20. Juli in Karlsruhe abhalten. Der Arbeiter-Ruderverband hat zum 1. August seinen Bundestag nach Berlin einberufen. Am 15. August soll die Bundestagung des Arbeiter-Schachbundes in Erfurt eröffnet werden. Den Reigen eröffnete bereits der Deutsche Arbeiter-Schachbund, dessen Eröffnungstag in Jena einen Sieg des Einheitsgedankens brachte.

Diese Tagungen finden in einer Zeit statt, in der die Reaktion weiter brutal vorrückt, das Unternehmertum rücksichtslos zum Lohnabbau und Arbeitsverlängerung übergeht und systematisch Werks-gemeinschaften und Werksportvereine geschaffen werden, mit Unterstützung von Unternehmern. Die monarchistische Kontroversion will die drei Milliarden-Beute den Fürsten sichern und hat dabei die Unterstützung der Reichsregierung. Letztere hat das Glück, in allen entscheidenden Situationen von der Sozialdemokratie gestützt zu werden. Die bürgerlichen Sportvereine werden immer mehr das Reservoir der faschistischen Verbände. Die „Deutsche Turnerschaft“ mit ihrer völligen Führung steht dabei an der Spitze. Die deutschen Kampfsportspiele 1926 in Köln werden unter dem Protektorat Hindenburgs zu einer großen nationalitätlichen Kundgebung gemacht werden. In den letzten Monaten hat das Reichswehrministerium die Arbeiter-Sportverbände für politisch erklärt. Die Bayerische Regierung und ihre Behörden wetteifern im Kampfe gegen die Arbeiter-Sportvereine und haben bereits für diese Vereine ein Verbot des Rinderturnens erlassen. Die deutsche Regierung begünstigt die bürgerlichen Sportvereine bei allen Gelegenheiten; für sie werden im reichlichen Maße Gelder zur Verfügung gestellt, während die Arbeiter-Sportvereine nur zu einem Bruchteil Unterstützung erhalten. Angesichts dieser ersten Situation, wo die kapitalistische Regierung ihren Klassencharakter immer offener und zynischer zum Ausdruck bringt und immer eindeutiger gegen die Arbeiter-Sportvereine Stellung nimmt, gibt es nur einen Ausweg zur Erhaltung und zur Rettung der Arbeiter-Sportbewegung, wie der Arbeiterklasse überhaupt. Eine breite, mächtige Einheitsfront der Arbeitersportler

mit dem Klassenbewußtsein revolutionären Proletariat kann allein die politischen und ökonomischen Angriffe der Bourgeoisie auf die Arbeiter abwehren. Gerade in der Zeit der schärfsten Reaktion im Frühjahr 1924, als Secht in Deutschland triumphierte, die Kommunistische Partei und ihre Presse unterdrückte, haben die Arbeiter-Sportvereine fast ausnahmslos den Kampf gegen die Opposition geführt und um den Schlägen der Monarchisten auszuweichen, die Taktik der Entpolitisierung der Arbeiter-Sportbewegung eingeschlagen. In diese Situation fällt auch der Beschluß des Arbeiter-Turn- und Sportbundes, mit dem Roten Frontkämpferbund und dem Reichsbanner keine gemeinsamen Beratungen zu treffen und der ferner auch das korporative Vorgehen zur Internationalen Arbeiterhilfe, zur Roten Hilfe und zur Arbeiter-Wohlfahrt verbot. Die wieder erwachende und mächtig anwachsende Opposition vermochte durchzusetzen, daß dieser Beschluß heute in der Praxis auf breiter Front durchbrochen ist. Allerdings verjagen die reformistischen Führer mit dem Reichsbanner gemeinsame Sache zu machen und die Zeitschriften der Arbeiter-Sportverbände stehen noch immer im Dienste der Feindschaft gegen den RFB, die Internationale Arbeiterhilfe, und die Rote Hilfe.

In der Schaffung der internationalen Einheit, der Vereinigung der Luzerner Sportinternationalen mit der Roten Sport-Internationalen haben die deutschen Sportführer auf dem Pariser Kongreß der I. S. J. mit verhindert, daß die Pariser Tagung zu einer gemeinsamen Verhandlung und Beratung mit der R. S. J. gekommen ist. Fünf Monate nach dem Pariser Kongreß haben die reformistischen Führer der deutschen Arbeiter-Sportverbände nichts getan, um die eigenen Beschlüsse zu realisieren. Hunderte von Anträgen liegen bei den Bundesvorständen, die verlangen, daß mit den russischen Arbeiter-Sportlern gemeinsame Wettkämpfe ausgetragen werden. Keine der Bundesvorstände, mit Ausnahme des Arbeiter-Schachbundes, hat einen ersten Schritt zur Ermöglichung dieser deutsch-russischen Sport-Wettkämpfe unternommen. Auch die, durch die Ausschlußpolitik der reformistischen Führer provozierten Spaltungen im I. S. J. „Die Naturfreunde“ ist nicht wieder gut gemacht. Auch die Einheit bei den Samaritanen ist nicht wieder hergestellt. Der Arbeiter-Radsport-Bund fordert nicht die Vereinigung mit den noch bestehenden Vereinen des Radsport-Bundes „Freiheit“. Wohl vermochte der Druck der Arbeiter-Sportmassen, daß die Zentralkommission im Dezember Einigungsverhandlungen anbahnte, diese aber scheiterten an dem Willen der reformistischen Leitung der Naturfreunde (Wien), wie auch im Arbeiter-Samaritaner-Bund.

Die Bundestage der Arbeiter-Sportorganisationen haben die Aufgabe, einen weiteren Schritt in der Herstellung der Einheit zu unternehmen, die Herstellung sportlicher Verbindungen mit der Sowjetunion zu sichern, den feindseligen Beschluß gegen den RFB. anzuhängen und der Mitgliedschaft freizustellen, die Bestrebungen der Internationalen Arbeiterhilfe und der Roten Hilfe zu unterstützen, ohne dabei mit den Bestimmungen des Bundes in Widerspruch zu geraten. Die Tagungen der Arbeiter-Sportverbände müssen ein klares, eindeutiges Bekenntnis dafür ablegen, daß ihre Organisationen den Klassenkampf gegen die Bourgeoisie als das entscheidende Mittel betrachten, um die Bourgeoisie niederzumerzen, die politische Macht der Arbeiterklasse zu erobern, um dadurch den Weg freizumachen für den sozialistischen Aufbau.

Um die Kampfstellung gegen die bürgerlichen Sportverbände zu unterstreichen, müssen die Vertreter der Arbeiter-Sportverbände von den „Deutschen Hochschule für Leibesübungen“ zurückgezogen werden. Auf den Tagungen der verschiedenen Verbände muß die Frage des Zusammenstoßes aller Sportler in einem einheitlichen Arbeiter-Sportverband angestellt werden. In den Rahmen einer zentralen Organisation gehören alle Sportarten und müssen in ihr genügend Bewegungsfreiheit für ihre Entwicklung haben.

Die Schaffung einer mächtigen Arbeitersport-Organisation wird die Gewähr geben für einen einheitlichen erfolgreichen Kampf gegen die bürgerlichen Verbände. Gegen die Reaktion und den Faschismus, für die rote Klassenfront, für die internationale Einheit der Arbeitersport-Organisationen, das müssen die Lösungen der Bundestage der Arbeitersportverbände sein.

### 14. Kreis

#### 1. Bezirk. Tabellenband der 1. Klasse (Südgruppe)

Vereine	Spiele	gem.	verl.	unentsch.	Torverh.	Punkte
Süd	6	6	—	—	36-3	12-0
B. F. 2	6	5	1	—	26-10	10-2
Sturm	6	3	3	—	20-20	6-6
Union	6	3	3	—	23-27	6-6
B. F. 3	6	3	3	—	18-20	6-6
Elektro	6	1	5	—	3-32	2-10
Röde	6	0	6	—	7-21	0-12

## Ausschreibung

zu dem am 21. und 22. August 1926 auf dem Vink-Sofmann-Langhammer-Platz (Al. Moosten b. Breslau) stattfindenden Sports- und Spielfest der „Freien Turnerschaft Breslau“ (25. Jahrestag).

Offen für alle Mitglieder der dem Provinzial-Sportartell Schlesien angeschlossenen Arbeiter-Sportvereine (Turner, Fußballer, Schwimmer, Athleten usw.). Meldungen müssen bis 8. August 1926 bei Bundesgenossen Erich Truppel, Breslau 1, Reuschestraße 8, mit Vereins- und Altersangabe sowie zu welchen Leistungsarten, entgegengehen, nach Möglichkeit durch den Verein oder Abteilungs-Sportleiter. Nach- oder Ummeldungen werden nach genanntem Termin nicht angenommen. Sportgenossen außerhalb Breslaus haben anzugeben, ob Quartier gewünscht wird. Startgeld wird nicht erhoben, jedoch hat jeder Teilnehmer den Eintrittspreis — Erwachsene 50 Pf., Jugendliche 30 Pf. — zu entrichten. Wertungen werden nach den Vorschriften des Arbeiter-Turn- und Sportbundes vorgenommen. Es finden statt: Dreikämpfe, Einzelkämpfe und Stafetten für Jugend, Männer und Sportlerinnen. Sprung- und Wurfleistungen sowie Dreikämpfe und Vor- und Zwischenläufe der Kurzstrecke werden am 22. August vormittags ab 8 Uhr erledigt; Stafetten, Mittel- und Langstreckenläufe sowie Endläufe der Kurzstrecke nachmittags während den Turn- und Fußballspielen. Ausgabe der Startnummern ab 7 Uhr früh auf dem Sportplatz; empfangsberechtigte Abteilungs- oder Vereins-Sportleiter, die Vereine oder Abteilungen sind für vollständige Ablieferung der Startnummern nach Schluß der Veranstaltung haftbar.

Leichtathletische Wettkämpfe. Jugend. Dreikampf: 100-Meter-Lauf, Dreisprung beliebig, Speerwerfen. Einzellämpfe: 100-, 800-Meter-Lauf für alle, 1500-Meter-Lauf für 14-18 Jahre, 3000-Meter-Lauf für 17-18 Jahre. Weitsprung mit Anlauf, Schleuderball. — Männer. Dreikampf: 200-Meter-Lauf, Kugelstoßen 7½ Kilogramm, Weitsprung mit Anlauf. Einzellämpfe: 100-, 400-, 1500-, 5000-Meter-Lauf, Hochsprung mit Anlauf, Stabhochsprung, Diskus, Kugelstoßen 7½ Kilogramm. — Sportlerinnen (getrennt melden): a) 14-18 Jahre, b) über 18 Jahre. Dreikampf: 100-Meter-Lauf, Kugelstoßen 5 Kilogramm, Hochsprung mit Anlauf. Einzellämpfe: 100-, 400-Meter-Lauf, Schleuderball, Dreisprung beliebig. — Stafetten. Jugend: 4 mal 100, 4 mal 400, 11 mal 100 Meter für Handballer. Männer: 4 mal 100, 3 mal 1000, 11 mal 100 Meter für Handballer. Sportlerinnen: 10 mal 100 Meter. Laufbahn ist eine Schlackenrundbahn. Meldezeit (8.8.) pünktlich einhalten. Die Arbeiterfreundliche Presse Schlesiens wird um Abdruck dieser Ausschreibung gebeten. E. Truppel.

Breslau. Serienspiele für Sonntag, den 24. Juli. 4 Uhr: Oswig II gegen Einigkeit II, Oswig, Rühndel; 4 Uhr: Fortuna II gegen Strehlen II, gibt Fortuna an, Remane; 4 Uhr: Falle II gegen Münsterberg II, Neulich, Born Max; 4 Uhr: Fr. Sportf. II gegen Stern II, Janibahawiese, Kerschmer; 10 Uhr: Einigkeit Sch. gegen Union Sch., Gr. Wochern, Jyber; 10 Uhr: F. S. B. Sch. gegen W. F. L. Sch., Bebelpart, Friedrich, Walde, Ohmann.

Süd I. Jgd. gegen Falle 1. Jgd. 3:1. „Süd“ hatte für ein Sonnabendspiel (19. Juni) die Falle-Jugend zu Gast und die wenigen Zuschauer betamen ein schönes, flottes Spiel zu sehen. Falle hatte zuerst mehr vom Spiel, doch der Süd-Tormann hält zunächst alles, und der Sturm bringt unterdes auch noch und nach drei Tore fertig, dem Falle nur eins entgegenstellen kann. Falle hatte den schnelleren Sturm, Süd die bessere Hintermannschaft, welche das Spiel entschied. Südturn muß bedeutend schneller werden, besonders in Halbzeiten.

Ungung! Erweiterter Kartellvorstand! Mittwoch, den 30. Juni, abends 8 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus eine Kartellvorstandssitzung statt, wozu von jeder Sparte der technische und geschäftliche Leiter erscheinen möchte.

Kartellversammlung. Mittwoch, den 7. Juli, ist die ordentliche Kartellversammlung. Die Sitzung beginnt abends 8 Uhr im Gewerkschaftshaus.

Geräte-transport vom „Rast“. (Erwerbslose Handwerker.) Die zwei erwerbslosen Turngenossen von jeder Abteilung, welche das Auf- und Abladen der Geräte beorgen haben, treffen sich am Donnerstag, den 1. Juli, früh 8 Uhr an der Dampf-haltestelle Promenade. — Augustaplatz zur Hilfsarbeit bei dem Aufbau der Wasserbühne. Nach getaner Arbeit werden die Freikarten für die „Wasserbühnenbau“ ausgegeben. Andere erwerbslose Sportler werden ebenfalls noch benötigt, und erhalten bei Mitarbeit ebenfalls Freikarten. Vor allem werden Zimmerleute und Tischler dringend gebraucht. Wir bitten um möglichste Pünktlichkeit. Die Handwerker möchten etwas Werkzeug mitbringen. Bohrer, Sägen, Bohrbohrer, Hammer, Zange, Stemmeisen, Drahtzieher usw.

# Schles. Rundschau

Baueritz. Töblicher Unfall. Als der Riesgrubenbesitzer Wyzist mit einem vollbeladenen Wagen Kies fuhr, ging plötzlich der Wagen auseinander. Bei dem Versuch, ihn mit eisernen Ketten zusammenzubinden, wurde Wyzist so schwer verletzt, daß bald darauf der Tod eintrat.

Kahlsdorf. Sich selbst schwer verletzt. Der Tischler Deder war in der Wohnung der Gebärmutter Ruffig mit Arbeiten an einer Kommode beschäftigt. Hierbei fiel ihm ein Revolver in die Hand, mit dem er, ohne zu wissen, daß derselbe geladen war, hantierte. Durch einen plötzlich losgehenden Schuß brachte sich Deder eine schwere Unterleibsverletzung bei, an deren Folgen er hoffnungslos daniederliegt.

Görlitz. Ein Opfer der Grube. Ein tödlicher Unfall ereignete sich auf der Grube „Erika“. Dort wollte der 23-jährige alte Klappenarbeiter Kluge einen Plattenwagen an eine elektrische Lokomotive kuppeln. Dabei kam er mit dem Kopf zwischen die über den Triebwagen hinausragenden Baggerteile und die Lokomotive, so daß ihm der Kopf abgequetscht wurde.

Steinw. Der tägliche Selbstmord. Eine junge Landwirtsfrau in Steinw., die erst vor einem Jahre geheiratet hat, machte ihrem Leben durch Erhängen ein Ende.

Rattow. Drei Mädchenhändler verhaftet. In Rattow gelang die Verhaftung dreier Brüder Mikrow, die in den letzten Jahren einen umfangreichen Mädchenhandel in Ostpreußen getrieben und dabei mehr als hundert Mädchen ins Ausland, vornehmlich nach Holland, verschleppten. Die in Automobilen entführten Opfer wurden für 2000 bis 3000 Dollars verkauft. Bei der Verhaftung erfolgte die Beschlagnahme eines umfangreichen Briefwechsels, der die Polizei auf die Spur anderer Mädchenhändler führte. Die drei Brüder sollen ein umfassendes Geldversteck abgelegt haben.



# Führer durch die Geschäftswelt aus der Umgegend von Görlitz.

## Hirschberg

**Sermann Krebs**  
Langstraße, Ecke Markt  
Spezialhaus für  
Damen- u. Herrenstoffe, Futter-  
stoffe, Knöpfe u. Kurzwaren

**Gustav Püffel**  
Uhrmachermeister  
Ring 7, Hof, 1 Treppe  
Best. eingerichtet. Reparaturwerkstatt

**Polstermöbel-Zentrale  
Aufpolsterungs-Anstalt**  
jede Art Polstermöbel  
Reelle Verarbeitung Billige Preise  
Satzzahlung gestattet  
Greiffenberger Straße Nr. 42

**Erich Maimwald**  
Milchhalle, Dunkle Burgstraße 9  
Brot- und Gläser-Auschanf  
Margarine

**Hirschberger  
Schürzen- und Wäschefabrik  
Wilhelm Maly**  
Hellerstraße 17

**Gustav Filsch**  
Greiffenberger Straße 11  
Brot,  
Weiß- und Feinbäckerei

**Gustav Fromberg**  
Greiffenberger Straße 6  
Holz- und Kohlenhandlung  
Lieferung frei Haus

**Johannes Ender**  
Gerichtsstraße 1a  
Kolonialwaren  
Lebensmittel

**Warnemünder  
Spezialfischgeschäft**  
Begr. 1880 Tel. 594  
Markt 11, Eingang dunkle Burgstr.

**Fa. Gustav Hornig**  
Großdestillation  
Wein- und Zigarrenhandlung  
Hiesengebirgs-Spezialitäten

**R. Hamann**  
Markt 60  
Strümpfe  
Trikotagen  
Kurzwaren

**Warenhandlung Jäsche**  
an der Promenade  
Substitutionsmittel

**Otto Winkler**  
Auhäuser Burgstraße 31  
Verkauf feinsten Brot und  
Weißwaren

*du fahst dann Bauernjunge  
komm du bei einem Gastwirtmann laufft  
das nicht in der Zeitung inswärt*

## Penzig

**Konrad Gwölz**  
Langenauer Straße 5  
Kolonialwaren  
Schnittwarenhandel

**P. Siebeneicher**  
Kurz-, Weiß- und Wollwaren  
Herrenwäsche, Krawatten  
Bleyle Kinder-Anzüge

**Karl Schünemann**  
Turnerstraße 2  
Fleisch- u. Wurstwaren

**Arthur Pufe**  
Görlitzer Straße 51  
Fein-, Fleisch- und Wurstwaren

**Robert Kahl**  
Wilhelmstraße 30  
Eisen-Kurzwaren  
Haus- und Küchengeräte

**Paul Bräuninger**  
Allerfeinste Weizen- u. Roggenmehle  
sowie prima Futter-Artikel  
zu massigen Preisen

**F. Drews, Uhrmacher**  
Uhren, Goldwaren  
Optische Artikel  
Reparatur-Werkstatt

**Max Schönfelder**  
Wilhelmstraße 18  
Schuhmachermeister

**Reinhold Thiele**  
Sorauerstraße 18  
Fleisch- u. Wurstwaren

**Emil John, Sorauer Straße 9**  
Großes Lager einflussiger  
Zigarren, Zigaretten, Tabake  
Vorzugshafte Bezugsquelle  
für alle Kolonialwaren

**Otto Kindler**  
Wilhelmstraße 1a  
Kolonialwaren  
Flaschenbier-engro-Geschäft

**Heinrich Lamert**  
Sorauer Straße 2  
Brot-, Weiß- und Feinbäckerei

**Georg Herrmann**  
vorm. Bernh. Schwarzberg  
Fernspr. 71 Penzig O. Wilhelmstr. 91  
Anerkannt reelles Geschäft für  
Bekleidung und Schuhwaren  
Urbewährter Grundsatz  
Gute Waren zu billigsten Preisen

**Paul Angermann**  
Körnersstraße 5  
Seine Fleisch- u. Wurstwaren

**Harry Exner**  
Buchbinderel, Papierhandlung  
Zigarren u. Zigaretten  
Wilhelm-Strasse

## Lauban

**Richard Liebeck**  
Nieder-Alt-Lauban 43  
Kolonialwaren - Schokoladen - Tee  
Zigarren - Zigaretten - Tabake

**Martha Loquay**  
Markt 27  
Kurz-, Weiß- und Wollwaren  
Etwas Neuheiten in Schürzen

**Anton Pitz**  
Nikolaistraße 23  
Mehl und Futtermittel  
Hülsenfrüchte und Nudeln  
Kolonialwaren

**Greiffenberg**

**Paul Schneider**  
Kolonialwaren  
Gerberstraße 20

**Wilhelm Franke**  
Laubaner Straße 51  
Salanterie- und Spielwaren  
Haus- und Küchengeräte  
Stahlwaren

Alle Arbeitsbekleidungen  
kaufen Sie gut und billig  
F. Graf, Bittauer Straße 11

**Ernst Schunke**  
Kohlen und Kolonialwaren  
Nieder-Alt-Lauban 46 b

**Ernst Steinbach**  
Markt, gegenüber J. Mosler  
Woll-, Woll- und Kurzwaren

**Fa. E. Lorenz**  
Victoriastraße 1  
Lebensmittel  
Spirituosen  
Rauchwaren

**Otto Gottschall**  
Fabrik feiner Fleisch- und Wurstwaren  
Markt 28  
Jeden Abend Warme Wurst

**B. Wallentin**  
Laubaner Straße Marktende  
Kolonialwaren  
Haus- und Küchengeräte

**Ris. Joffmann**  
Schwetaer Straße 107  
Fleisch u. Wurstwaren

**Rauschwalde**

**Meta Nostitz**  
Rauschwalde  
Reichenbacher Straße 14  
Lebensmittel

**W. Jakob**  
Nikolaistraße 13  
Kinderwagen, Korbwaren

**Paul Wolf**  
Nähmaschinen- und Fahrradhandlung  
und Erlatzteile  
Reparaturen an allen Systemen  
preiswert, schnell und sauber

**Paul Stephan**  
Görlitzer Straße 5  
Fleisch u. Wurstwaren  
Eigene maschinelle Kühlanlage

## Marklissa

**Erich Schnabel**  
Markt  
Drogen, Farben  
Kolonialwaren

**Otto Stiller**  
Motorräder - fahrräder  
Reparatur-Werkstatt  
Gelegenheitsgeschenke  
Empfänger, Glas, Porzellan, Steingut

**Rudolf Weiß**  
Markt 281  
Kolonialwaren  
Zigarren, Zigaretten, Tabake  
Butter und Käse

**Schönberg**

**Erich Winkler**  
Markt 11  
Arbeitsbekleidung  
Zigarren, Zigaretten, Tabake

Alle Genossen kaufen:  
Zigarren, Zigaretten, Tabake  
Kaffee und Schokoladen  
bei **Emil Juhl**  
Nikolaiplatz 9

**Edmund Jack**  
Brüderstraße 17 (am Schwiebogen)  
Kolonialwaren, Konfitüren  
Fischwaren u. a. m.

**Arthur Eichner**  
Nikolaistraße 23  
Eisenwarenhandlung  
Haus- und Küchengeräte

## Moys

**R. Runge**  
Moys-Gebäude  
Seldenberger Straße, Ecke Bahnhofstr.  
Arbeiter- u. Berufsbeleidg.  
Maßanfertigung für Herren

Mehl, Getreide, Futtermittel  
und Sämereien  
**Wilhelm Wolf**  
Seidenberger Straße Nr. 9

**Paul Ulbrich**  
Seidenberger Straße 25  
Fleisch und Wurstwaren

**Umand Stelzer**  
Richterstraße 18  
Obst, Gemüse, Vorkostwaren

**Optiker Köhler**  
Weberstraße 7  
Fachgeschäft für Augengläser  
(Lieferant aller Krankenkassen)

**Fahrradhaus Oskar Arndt**  
Weberstraße 26  
Motorräder  
Fahrräder, Nähmaschinen, Sprechmaschinen  
Sämtliche Zubehörteile  
Eig. mod. eingerichtete Reparaturwerkstatt

**Kerzdorf-Lauban**

**Paul Runth**  
Verkauf feinsten Fleisch-  
und Wurstwaren

## Langenöls

**Bruno Günther**  
Bekleidungs-  
und Schuhwaren-Haus

**Bruno Haase**  
Fleisch  
und Wurstwaren

**Alfred Güntzel**  
Kolonialwaren  
Feinkost